

Commer

Zentral-Organ für die Interessen
der im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.
Publikationsorgan des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes.

Erscheint jede Woche Sonntags.
Einzel-Abonnement pro Quart. franco geg. franko 1,50 Mk.
Der Courier ist in die Postzeitungsliste eingetragen.

Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21.
Telephon: Amt IV, 950.
Geöffnet: 9-1 Uhr vorm., 3-7 Uhr nachm., Sonntags geschl.

Redaktionschluss
am Montag Abend vor Erscheinen des Blattes.
Unverlangte Manuskripte werden nicht zurückgeschickt.
Zuschriften und Reklamationen an die Schriftleitung.

Nr. 34.

Berlin, den 23. August 1908.

12. Jahrg.

Folgen der deutschen Wirtschaftspolitik.

Die wirtschaftliche Depression lastet schwer auf dem geschäftlichen Leben. Tausende und abertausende Arbeiter können trotz heftigen Bemühens keine Arbeit finden, aber die Lebensmittel behalten ihre hohen Preise. So mancher Familienvater aus der bestlosen Klasse sieht mit Grauen und Bangen dem nächsten Winter entgegen. Wieviel Elendssteigerung soll der noch bringen?

Eine böse Frucht der agrarischen Schutzpolitik, die das deutsche Volk zu kosten belam, war die Fleischteuerung, die im Jahre 1905 begann und bis jetzt ihr Ende nicht erreicht hat. Mindestens ebenso schlimm ist die durch diese Politik bewirkte Teuerung des Brotkorns. Ein Blick in die amtlichen statistischen Aufstellungen der Großhandelspreise für Roggen und Weizen zeigt, daß innerhalb der letzten 25 Jahre nur im Jahre 1891, als Missernten im In- und Auslande zusammenkamen und von der Spekulation die Preise noch künstlich hoch getrieben wurden, diese beiden Getreidearten höher im Preise standen, als im Jahre 1907.

Nach dem Statistischen Handbuch für das Deutsche Reich betragen die Großhandelspreise in Mark für die Tonne Roggen beispielsweise im Jahresdurchschnitt in Berlin im Jahre 1900: 142,20 Mk., im Jahre 1907: 193,20 Mk., im Jahre 1907: 193,10 Mk. Entsprechend stellen sich die Weizenpreise, und zwar in Berlin im Jahre 1900: 151,80 Mk., 1907: 206,30 Mk.; in Mannheim im Jahre 1900: 177,50 Mk., 1907: 223,50 Mk.

Der Preisstand des Jahres 1902 bietet im Vergleich zu früheren Jahren an allen Marktorten durchgängig das gleiche Bild.

Der Preisbewegung für das Getreide selbst hat nun auch diejenige für das Mehl ungefähr entsprochen. Der Preis für den Doppelzentner Roggenmehl betrug in Berlin 1907: 25,40 Mk., nach dem fünfjährigen Durchschnitt 1902 bis 1906 aber nur 19,10 Mk. Danach berechnete sich die Steigerung 1907 auf 33 pSt. Weizenmehl kostete in Berlin 1907: 28,20 Mk. und im Durchschnitt der fünf Jahre 1902 bis 1906: 23 Mk. Der Mehrbetrag 1907 stellt sich also auf 23 pSt.

Ausgehend von solchen statistischen Darstellungen nimmt die Gewerbetammer Dresden in einem Gutachten Stellung zu der Frage der Getreidebesteuerung und deren Ursachen und Wirkungen. Sie macht zunächst geltend, daß ein so übermäßig hoher Stand der Getreidepreise für fast alle Gewerbetreibende mittelbar und unmittelbar schwere Gefahren mit sich bringt. Der Gewerbebetrieb selbst leidet bei solchen Handwerker, welche Getreide verarbeiten. Das seien in erster Reihe die Bäcker und Müller. Die Preise für Mehl und Gebäck seien zwar noch gestiegen, der Weiterverkauf zum selben Preise sei aber einfach nicht mehr möglich gewesen, denn, sollte bei einer Preissteigerung des Getreides um 20 und mehr Prozent der Brotpreis derselbe bleiben, so hätten die Bäcker, da sie nur Verluste hätten, ihren Betrieb überhaupt einstellen müssen; aber vielfach seien die Brotpreise doch nicht in dem Maße gestiegen wie die Getreidepreise und allenthalben sei der Absatz von Mehl und Gebäck erschwert worden. Die Bäcker hätten natürlich Bedenken, sich große Vorräte von Mehl hinzulegen, da sie doch meinen, auf einer so außerordentlichen Höhe könnten die Preise nicht lange beharren; es werde bald ein Preissturz eintreten, der dann beim Vorhandensein eines großen Mehlvorrates Verluste zur Folge habe. Unwissenheit schreibe oft die Schuld an der Erhöhung des Brotpreises den Bäckern zu.

Das Gutachten macht geltend, daß der größte Teil der Handwerker und Gewerbetreibenden in einer wirtschaftlich so ungünstigen Lage sich befindet, daß ihre Einnahmen keine Steigerung der Ausgaben für die notwendigsten Lebensbedürfnisse zulassen. So habe z. B. im Bezirk der Gewerbetammer Dresden im Jahre 1905 das jährliche Einkommen der Handels- und Gewerbetreibenden, soweit es aus dem Gewerbebetrieb herrührt, im Durchschnitt 1717 Mk. für den einzelnen betragen. Daraus ist zu entnehmen, daß es große Kreise der Handwerker und Gewerbetreibenden gibt, die bei weitem noch nicht ein Einkommen in solcher Höhe haben. Alles in allem dürfen wir diese Bevölkerungskategorie wohl auch als solche ansprechen, die unter dem agrarischen Lebensmittelwucher nicht minder schwer zu leiden hat, wie die Lohnar-

beiterschaft. In dem vor einiger Zeit bereits von uns erwähnten Buche von Henriette Führl: „Ein mittelbürgerliches Budget in einem zehnjährigen Zeitraum“ (Zena 1907) werden beachtenswerte Angaben über den Verbrauch einer mittelbürgerlichen Familie in Brot, Brötchen und Backwaren gemacht, aus denen sich der Verbrauch pro Kopf und Tag in den Monaten Oktober 1900 und 1905 berechnen läßt. Er beträgt im ersten Jahre 0,27 Kilogramm und im andern 0,28 Kilogramm. Die Berechnung stimmt also für die beiden Monate ziemlich überein. Das ergibt für das Jahr auf den Kopf durchschnittlich 97 bis 98 Kilogramm Gebäck. Es handelt sich hier um Familien, die immerhin noch zu den bessergestellten gerechnet werden müssen. In ärmeren Haushaltungen pflegt erfahrungsgemäß besonders der Verbrauch an Brot bedeutend höher zu sein. Man wird deswegen noch sehr niedrig schätzen, wenn man den jährlichen Verbrauch von Gebäck auf den Kopf der Bevölkerung auf rund 100 Kilogramm ansetzt. Eine Familie von sechs Köpfen würde daher etwa 600 Kilogramm Gebäck verbrauchen. Nehmen wir nun an, daß diese 600 Kilogramm aus dem wohlfeilsten Gebäck, dem Brot, beständen, so würde diese Familie von 6 Köpfen bei einem Brotpreise von 25 Pf. pro Kilogramm 150 Mk. pro Jahr für Brot auszugeben haben. Zieht man den Brotpreis auf 30 Pf., so würde sich der Ausgabebetrag auf 180 Mk. erhöhen. Wie aber eine Mehrausgabe von 30 Mk. jährlich auf einen Haushalt, der über 1000 Mk. oder weniger im Jahre zu verfügen hat, wirkt, weiß jeder unserer Leser.

Noch sehr viel schlimmer als solche mittelbürgerlichen Familien sind die großen Massen der reinen Proletarier, der Lohnarbeiter daran. Von diesen haben im Deutschen Reiche ausweislich der amtlichen Statistik über 90 pSt. ein Einkommen von unter 1000 Mk. In diesen Familien ist noch weit mehr als in den anderen die Brotnahrung die hauptsächlichste, hier erreicht der Brotkonsum relativ und absolut seine höchste Höhe. Man geht sicher nicht fehl, den Ausgabebetrag dieser Familien für Brot nach dem Preisstande des Jahres von 1907 auf mindestens 200 Mk. anzuschätzen. Das ist ein Fünftel bis ein Viertel des proletarischen durchschnittlichen Jahreseinkommens.

Das Gutachten der Dresdener Gewerbetammer weist dann auch zutreffend darauf hin, daß die Folge der Lebensmittelteuerung Forderungen der Arbeiter auf Lohn erhöhungen sind. Es wird zugegeben, daß der Hinweis der Arbeiter auf die Verteuerung der Lebensmittel ein durchaus berechtigter ist. Aber völlig unzutreffend ist die daran geknüpfte Bemerkung, daß die Arbeiter dann oft in ihren Forderungen „das durch die Teuerung wirklich bedingte Maß des Mehrbedarfs nicht einhalten, sondern dieselben in unberechtigter Weise zu erhöhen trachten“. Wir haben vor einiger Zeit an der Hand absolut zuverlässigen statistischen Materials nachgewiesen, daß die Lohn erhöhungen, welche die Arbeiter in den letzten Jahren unter schweren Kämpfen hier und da erreicht haben, bei weitem nicht die Verteuerung der Lebenshaltung auszugleichen vermögen. Aber abgesehen davon, vermögen wir nicht einzusehen, daß die Arbeiter sich eines Unrechts schuldig machen, wenn sie wirklich eine Lohn erhöhungen fordern, die über das durch Teuerung bedingte Maß des Mehrbedarfs hinausgeht. Nebenfalls ist es von Wichtigkeit, daß das Gutachten ausdrücklich zugibt, daß durch die Lebensmittelteuerung „immer wieder von neuem Unruhe und Kampf in das gewerbliche Leben hineingetragen wird“; an diesem Kampf und Unruhen trägt die Brothteuerung mit die Hauptschuld.

Das Gutachten meint dann, die Hauptursache für die teuren Kornpreise 1907 dürfte in einer schlechten Weltmarkte zu suchen sein. Tatsächlich sind ja, abgesehen von Argentinien, die Ernten in den Ländern, die für die Ausfuhr von Getreide in Betracht kommen, klein gewesen. So ist besonders die Roggenernte in Rußland gering ausgefallen. Deshalb sind auch die Preise auf ausländischen Märkten nach der amtlichen Statistik im Jahre 1907 fast überall höher als in den vorhergehenden Jahren. Namentlich trifft dies für Roggen zu; für Weizen ist der Anstieg weniger maßgebend. Das Gutachten konstatiert: „Wenn aber die Preise im Auslande auch höher im Vergleich zu den früheren Auslandspreisen, so sind sie doch immer noch weit niedriger als die Preise in Deutschland“. Der Unterschied machte im Jahre 1907, wenigstens beim Roggen, ungefähr den Betrag des Eingangszolles in

Deutschland aus. Dieser hat jetzt als Vertragszoll die Höhe von 50 Mk. auf die Tonne für Roggen und von 55 Mk. für Weizen. Der Preis für Roggen bewegte sich im Auslande für 1907 um 150 Mk. die Tonne. Er nähert sich in Deutschland 190 Mk. und 200 Mk. Der Weizenpreis steht im Auslande meist auf 150 Mk. und 170 Mk., in Deutschland schwankt er zwischen 198,2 Mk. und 223,5 Mk.

Das alles sind Tatsachen, die unser Agrarierum nicht aus der Welt lügen kann. Wie die Fleischteuerung, so ist auch die Brotteuerung vornehmlich durch die agrarische Schutzpolitik bewirkt worden. Es ist höchst beachtenswert und nützlich, daß diese Tatsache auch in den Körperschaften, welche in erster Linie die Interessen bürgerlicher Kreise zu vertreten haben, immer mehr erkannt wird. Die Dresdener Gewerbetammer kommt ganz logisch zu dem Schluss, daß durch eine Aufhebung der deutschen Einfuhrzölle sich infolge der vermehrten Nachfrage nach Getreide von Seiten Deutschlands voraussichtlich auch der Weltmarktpreis noch steigern werde, jedoch jedenfalls um den Zollbetrag. Deshalb sei das wirksamste Mittel, um den Getreidepreis in Deutschland herabzumindern, die Aufhebung oder Herabsetzung der Getreidezölle.

Es ist nebenbei bemerkt, daß die Dresdener Gewerbetammer davon absteht, diese Forderung direkt einzustellen, in der Meinung, die deutsche Landwirtschaft würde durch solche Maßnahmen einen empfindlichen Stoß erleiden. Die Handelsverträge seien auf diesen Zöllen aufgebaut, kurz, im wirtschaftlichen Leben rede man allenthalben mit diesen Zöllen, so daß eine so einschneidende Veränderung unmittelbar einzuführen, nicht ratsam erscheine. Wir können diese Argumente nicht gelten lassen, sind vielmehr der Ansicht, daß es kein anderes Mittel gibt, den Wirkungen des agrarischen Lebensmittelwuchers gründlich zu begegnen, als die Aufhebung der Zölle, auf die sie sich stützt. Das wird völlig unvermittelt ja allerdings nicht möglich sein, im Handumdrehen ist es nicht zu machen. Aber man sollte doch allen Ernstes schleunigst an diese Frage herantreten, um sie so bald wie möglich im Interesse unserer Volksernährung zu entscheiden. Die Landwirtschaft im allgemeinen wird keinen Schaden davon haben und wenn es dem Groß-Agrarierum unmöglich gemacht wird, noch weiter seine Wucherprofite einzuziehen, so ist das nur vernünftig und gerecht.

Aus unserem Beruf.

Arbeiterinnen.

Karlsruhe. Ein ernstes Konflikt drohte dieser Tage unter dem Trägerpersonal der „Badischen Presse“ auszubrechen als einer der organisierten Trägerinnen wegen dem losen Geschwäg eines Kästermaules gekündigt wurde. Ueber den Expeditionschef wurde von irgend einer Seite vor längerer Zeit ein Gerücht ausgesprochen, das auch unter dem Trägerpersonal besprochen wurde. Nach etwa 1/2 Jahren erfuhr der Chef von der Sache und selbstverständlich forschte er nach dem Urheber. Da war es eine Trägerin Roth, welche zuerst als diejenige ausfindig gemacht wurde, die das Geschwäg öffentlich kolportierte. Es wurde ihr gekündigt und zugleich erhielt sie eine Anklage wegen Verleumdung. Am nun die Schuld von sich abzulenken, beschuldigte sie eine organisierte Trägerin in der Hoffnung, daß diese ohne weiteres aus dem Betriebe fliegen würde, eben weil sie organisiert ist. Tatsächlich wurde nun auch dieser Trägerin gekündigt, sie wurde gleichfalls angeklagt und außerdem wurde das Gerücht eifrig kolportiert, daß alle organisierten Trägerinnen so nach und nach entlassen würden. Der Grund dieses Geschwäges war offensichtlich. Man wollte selbst eine Mißrede haben, bedachte dabei aber nicht, daß die Geschäftsleitung der „Badischen Presse“ schwer damit kompromittiert worden wäre. Wir mußten der Sache auf den Grund gehen, denn es handelt sich um eine organisierte Kollegin und außerdem stehen sich einzelne Trägerinnen schon ins Bockshorn jagen. In der, von der Verbands- und Geschäftsleitung angestellten Untersuchung zeigte sich indessen bald, daß unsere Kollegin die Schuld an dieser Sache nicht trägt, weshalb nach mehrmaliger Verhandlung die gegen unsere Kollegin erfolgte Kündigung, sowie auch der Klageantrag zurückgenommen wurde. Die Frau Roth kann nun mit

ihrer Tochter die Suppe allein auslöffeln, die sie sich eingebracht hat. Ganz besonders hervorgehoben muß aber noch werden, daß sich Herr Rinderschbacher in Anwesenheit der Herren Tiergarten jr., und des Herrn Michael unzweideutig dahingehend ausgesprochen hat, daß den Trägerinnen wegen ihrer Verdandszugehörigkeit nicht das Mindeste in den Weg gelegt wird, was sich jene zu Herzen nehmen wollen, die offen oder geheim gegen den Verband gehen.

Stuttgart. In Nr. 31 des „Courier“, heißt es in einer Notiz aus Karlsruhe: Die Geschäftsleitung des „Volksfreund“, hat einem Beschuß der Trägerinnen ihre Zustimmung erteilt, wonach es als unerlässliche Pflicht der Trägerinnen betrachtet wird, Mitglied des Transportarbeiterverbandes zu sein. Am 1. Oktober 1908 sollen überhaupt nur noch organisierte Trägerinnen beschäftigt werden. Daraus geht hervor, daß sowohl die Geschäftsleitung als auch die Trägerinnen sich zu dem Grundsatz bekennen, daß in einem sozialdemokratischen Betrieb alles organisiert sein muß. So in Karlsruhe. In Stuttgart sind wir noch nicht so weit. Wir haben zwar schon wiederholt den Versuch gemacht, die Zeitungsausträgerinnen zu organisieren, auch solche bei den verschiedenen Zeitungen in den Verband aufgenommen, dabei aber die traurige Erfahrung machen müssen, daß die Frauen aus bürgerlichen Betrieben Mitglied bleiben sind und die in der Parteidruckerei beschäftigten zum großen Teil wieder ausgetreten sind. Die Begründungen des Austritts sind oft derart, daß man sich den Kopf halten muß. Die eine erklärt, mein Mann leidet es nicht, es sei genug, wenn er gewerkschaftlich organisiert sei, bei der anderen leidet es der Mann nicht, weil er politisch organisiert ist und bildet sich deshalb ein, seiner Pflicht als Arbeiter genügt zu haben. Der größere Teil tritt aus, sobald der Verband mehr Lohn erreicht hat, beinahe jede hat einen anderen Grund. Die organisierten Trägerinnen werden aber mittels der Organisation dafür sorgen, daß es die längste Zeit gedauert, wo man mit faulen Ansätzen sich um den Verband brühen konnte.

Automobilfahrer.

Berlin. Die Firma Kandelhardt A.-G. sah sich nach der letzten großen Aussperrung der Automobilfahrer veranlaßt, etwas für die Fahrer zu tun. Sie gründete einen sog. gelben Verein, dem sie den Namen gab: „Vereinsvereinigung auf Gegenseitigkeit“. Die ersten Mitglieder rekrutierten sich nun meistens aus Streikbrechern, denen man ja alles mögliche und unmögliche bieten konnte, und so wurde von diesen auch ein Statut ausgearbeitet, welches 18 Paragraphen enthält. Dem ist nun noch eine Arbeitsbedingung beigelegt, welche nicht weniger als 41 Paragraphen enthält, dem noch 15 Extrabestimmungen folgen. Dieser ganze Ballast von Bestimmungen enthält nur Schädigung und Entziehung der Fahrer und zum Ueberflus unzählige angebrochene Strafen. Man geht soweit, den Fahrer für einen verbogenen Scheitel mit 6,50 Mk. zu bestrafen, ohne den Beweis zu haben, daß der Fahrer die Schuld trifft. Um bei den Angelegten nicht direkt die Ueberzeugung aufkommen zu lassen, daß sie in dem Unternehmerverein die gesicherten Schafe sind, hat man eine Unterscheidung in Krankheitsfällen sowie Todesfällen vorgesehen. Die Gründung ist mit 5000 Mk. ausgestattet, indem die Firma einen Gründungsfonds von 5000 Mk. gestellt hat; jedoch heißt es am Schluß: „Bei Auflösung des Vereins sind diese 5000 Mk. an die Beherin zurückzahlen.“

Im § 2 heißt es mit: „Bereitsmitglied kann auf Grund schriftlicher Beitrittserklärung, welche an den Vorstand zu richten ist, jeder Angestellte des Betriebes werden, welcher

- a) seinen festen Wohnsitz innerhalb des Königreichs Preußen hat;
 - b) dessen Gesundheitszustand als unbedenklich, ärztlich bescheinigt worden ist und
 - c) das 50. Lebensjahr noch nicht überschritten hat.“
- Trotz vorstehendem steht am Schluß: „Jeder Fahrer wird bei seinem Eintritt ohne weiteres Mitglied des Vereins.“

„Der Wochenbeitrag beträgt 30 Pf., den zu zahlen jeder Fahrer verpflichtet ist. Die Mitgliedschaft erlischt mit der Aufhebung des Arbeitsverhältnisses in dem Betriebe.“

Mit dem Aufhören der Mitgliedschaft erlischt jeglicher Anspruch an die Kasse. Rückzahlung von Mitgliedsbeiträgen findet nicht statt. Aus alledem kann man ersehen, daß die Fahrer der Firma Kandelhardt in dem gelben Verein nur zahlende Mitglieder ohne jegliche Rechte sind. Dies ist nun der Firma wohl ebenfalls zum Bewußtsein gekommen und so ist sie darauf verfallen, eine Dampfespartie zu arrangieren, wahrscheinlich um ihre Arbeiterfreundlichkeit zu zeigen. Zu diesem Zweck wurde eine Liste in dem Betrieb ausgelegt, worauf jeder Angestellte seinen Willen, ob er sich an der Dampfespartie beteiligen will, mit ja oder nein kund zu geben hatte.

Da nun der größte Teil der Fahrer der Meinung war, daß die Partei auf Kosten der Firma oder mindestens von ihren bezahlten Beiträgen bestritten wird, zeichneten sie mit ja. Nur ein Woybold, dem man im vorigen Jahre anlässlich einer Fahrt nach Crampenburg versprochen hatte, das Mittagbrot zu zahlen, zeichnete mit ja, machte aber die Randbemerkung: „Verzichte aber auf den Crampenburg Wänschbraten“. Die Entlassung ließ auch nicht lange auf sich warten. Zunächst mußte jeder Teilnehmer 50 Pf. für ein Mittel zahlen. Am Freitag, den 7. August war die Partie, am 3. und 4. Tage vorher, prangte folgender Aufsatz in dem Betrieb: „Die Tagesfahrer müssen am Donnerstag ihren Dienst um früh 7 Uhr antreten und bis nachts 12 Uhr fahren, die Nachtfahrer fahren

am Sonnabend von vormittag 10 Uhr bis zum Sonntag früh durch. Es wurden somit 20 Stunden gefahren; rechnet man die Zeit der Wechselfahrt ab, so kommt genau die Arbeitszeit heraus, die die Kollegen beim Schichtwechsel hatten. Aus diesem Grunde versuchten auch einzelne Kollegen, sich den doppelten Lohn abzuziehen, was ihnen jedoch von der Firma strittig gemacht wurde.

Hieraus dürfte unstrittig hervorgehen, daß die Firma, trotzdem die Wagen am Tage der Partie gestanden haben, nicht zu kurz gekommen, sondern evtl. noch besser als sonst weggekommen ist. Sie scheint sich auch gefast zu haben, mit Speck fängt man Mäuse aber für solchen Speck dürften sich doch organisierte Kollegen für die Zukunft bedanken.

Eines Vorfalles, welcher sich auf dieser Partie jugetragen, müssen wir jedoch noch gedenken, denn er zeigt so recht, welcher Geist noch unter einzelnen Fahrern bei Kandelhardt herrscht. Wir betonen hier besonders, unter einzelnen, damit die Kollegen auf der Straße nicht etwa eine Mißanwendung daraus ziehen und dieselben alle in einen Topf werfen. Am Nachmittag, als die Stimmung jedenfalls schon einen erhöhten Grad erreicht hatte, konnten es sich einige der Parteilnehmer nicht verkneifen, Herrn Direktor Kandelhardt mit einem Stuhl in die Höhe zu heben, um ihn hochleben zu lassen; wahrscheinlich wollten sie damit bewirken, wie einverstanden sie mit der Behandlungsweise der Firma Kandelhardt sind. Für diese Ovation soll der Herr Direktor mit ein paar Toman hier quittiert haben. Dies ist so die rechte Weise, um Arbeiter zu loben und ihnen verständlich zu machen, daß es doch noch eine Harmonie zwischen Kapital und Arbeit gibt; der aufgeregte Arbeiter dankt natürlich für eine derartige Verständlichkeit und denkt sich sehr viel. Daß man mit derartigen Mäßen aufgeregte Arbeiter nicht überzeugen kann, bedarf wohl weiter keines Beweises, bloß es beweist das eine, daß noch genügend Dumme vorhanden sind, welche sich mit solchen Nebensarten auf den Heim locken lassen.

Was die Polizei alles sieht, bestraft und erlaubt. Je zwei Beamte vom öffentlichen Fuhrwesen spazieren Tag und Nacht in den Straßen Berlins einher, um den Fuhrwerksverkehr zu überwachen. An einem Droschkenhalteplatz angekommen, müssen sie eingehend alles Schickbare an Fuhrwerk und Geßir. Der Droschkenführer beobachtet gleichgültig ihre Tätigkeit. Er ist sich seiner Sache voll und ganz bewußt und wenn ein solcher Beamter etwas finden und aufschreiben will, dann findet er gar immer etwas, also warum sich darüber sonderlich aufregen. Das Netz der unzähligen Polizeivorschriften ist eben so groß, daß ein Ausweichen fast unmöglich ist. Noch etwas charakteristisch ist dies bei den Kollegen von der Kraftdroschke. Haben doch diese vor allem ihre ganze Aufmerksamkeit dem Mechanismus des Wagens zu widmen, wobei Lebensfährlichkeiten, wie Requiriten u. m. in Abt genommen werden. Bei den Kontrollen vom Fuhrwesen ist dies aber gewöhnlich umgekehrt und sind bei ihnen die Nebensachen Hauptsache, und nicht selten muß ein Fahrer auf ihre Veranlassung hin, wie ein Hecht im vorschrittsmächtigen Dienstanzug und Requiriten die Zeit verschwenden und sich auf dem Polizeipräsidenten vorstellen. Man sieht hier bei nichtverehrten Angelegenheiten, daß die Polizei streng darüber wacht, daß die Vorschriften eingehalten werden. Auf der anderen Seite kann man eine Bitte der Fahrerherren beobachten, die sich in der letzten Zeit sehr verbreitet hat, ohne daß die Polizei trotz § 39 der D.-O. dies zu verhindern sucht. Das sind die Firmen-Mellamen an den Kraftdroschken, wobei immer eine Firma die andere zu übertrumpfen sucht. Es war einmal eine Zeit, wo die Polizeiverordnung so angelegt wurde, daß nicht einmal ein Monogramme an den Türen angebracht sein durfte. Heute wird fast die ganze Droschke ringsherum mit Namenszügen bemalt. Der § 39 ist somit von den Fuhrunternehmern modernisiert; ausnahmsweise läßt die Polizei dieses zu, weil es eben Unternehmern sind. Die Beamten vom Fuhrwesen beobachten auch den Verkehr in den Straßen, ohne auch hier die eingerissenen großen Unsitzen zu seheit. Durch die heftige Konkurrenz im Kraftdroschkenbetriebe gibt es Unternehmern, welche ihre Fahrer zur Umgehung der Polizeivorschriften direkt anhalten. So existiert z. B. der § 65 der D.-O. für manche Fahrer gar nicht mehr und das sogenannte „Ohnerfahren“ haben an Ausdehnung überhand genommen. Die ehrlichen Kollegen, welche sich auf die Polizeivorschriften verlassen und die Halteplätze aufsuchen, müssen unter dieser Konkurrenz leiden. Dadurch daß die Polizei dies gewährt läßt, begünstigt sie die Umgehung der Vorschriften, und in den belebten Straßen fahren fast mehr leere Kraftdroschken als besetzt. Man sieht, die Polizei sieht alles und auch nicht alles. Nächstens werden wir uns mit den Betrieben befassen, deren Fahrer das „Ohnerfahren“ anscheinend gepachtet haben.

Unter der Spitzmarke „Verdächtige Kraftdroschkenführer“, ging vor einiger Zeit durch verschiedene Tagesblätter die Notiz, daß Kraftdroschkenführer bei Einbruch eines Geldschrankens in der Französischen Straße auf Kriminalbeamte eingeschlagen haben sollten. Weiter hieß es dann, daß in einer Nacht in der Schlegelstraße ein Kraftdroschkenführer bei einem Diebstahl, wo es sich um wertvolle Geminiarabreisen gehandelt haben soll, mitgewirkt und sich selber Befreiung durch die Flucht entzogen habe. Der Schreiber der Zeilen sang dann ein Loblied auf die frühere Ehrlichkeit der Droschkenführer oder versuchte sie wenigstens mit genannten Vorkommnissen in Verbindung zu stellen. Wir sind der Ansicht, daß die Ehrlichkeit der Kraftdroschkenführer wohl auf derselben Höhe steht, als wie in der vom Schreiber angegebener Zeit. Man hat sich derselbe aber noch über die Sil-

went der Neuzeit ausgelassen und für die Kraftdroschkenführer den geschmackvollen Ausdruck „Zaufwärtliche“ geprägt. Was nun aber die Eithunt anbelangt, so sind es gerade Journalisten und Zeitungsreporter, welche wegen ihrer Jagd nach Neuigkeiten, nicht schnell genug gefahren werden können. Wenn der Herr einmal die Schnelligkeit der Autos, welche die hohen und höchsten Herrschaften benutzen, damit vergleichen wollte, dann würde er eine andere Ansicht bekommen und zugleich verstehen, daß sein Ausdruck mit Bezug auf die Kraftdroschkenführer bezw. der Schnelligkeit vollständig beflagelt war. Wir glauben, daß der Artikelschreiber, im Fall er einmal dazu kommen sollte, seine wertere Person vor einem Hofauto in Sicherheit zu bringen, um nicht überfahren zu werden, er darüber kein Wort verlieren würde, sondern möglicherweise noch devot seinen Hut ziehen und sich verbeugen wird.

Bezüglich des Falles mit den Kriminalbeamten haben wir, trotzdem wir Erkundigungen in dieser Richtung eingegeben haben, nichts Positives in Erfahrung bringen können. Was nun den Diebstahl der Gummirollen anbelangt, so ist es auch noch nicht ausgeklärt, ob wirklich eine Automobildroschke zur Beförderung derselben benutzt wurde. Da viele Autos sich einander gleichen, so kann besonders bei der Nacht leicht ein Verwechslung vorkommen; denn nachts sind bekanntlich alle Wagen grau. Befinden sich aber nun wirklich derartige Elemente unter den Kraftdroschkenführern, dann soll man seine Vorwürfe dahin richten, wo sie hingehören. Als im Jahre 1907 die Automobilfahrer wegen eines Lohnabzuges, mit dem sie nicht einverstanden waren, ausgesperrt wurden, da hat man an einzelnen Stellen unbefähigte Personen zu diesem Beruf zugelassen, welche besser davongeblichen wären. Die Arbeitswilligen werden nun aber nicht nur von den Arbeitgebern, sondern auch von anderer Seite bevorzugt und was sich mit darunter befindet, ist bekannt. Man erntet jetzt jedenfalls nur, was seinerzeit gesät worden ist. Auch in anderen Branchen hat man mit derartigen Leuten dieselben Erfahrungen gemacht. Um nun noch einmal auf die Ehrlichkeit zurückzukommen, so möchten wir bemerken, daß auch bei manchen Fahrgästen in dieser Beziehung etwas zu wünschen übrig bleibt. Uns sind Fälle bekannt, daß Fahrgäste aus Droschken etwas herausgehoben haben, was ihnen nicht gehörte, sondern von einem anderen liegen gelassen oder vergessen war. Wenn nun, auch vorgelesen ist, daß der Fahrer den Wagen nach jeder Fahrt revidieren soll, so sieht das auf dem Papier sehr gut aus, läßt sich aber in der Praxis absolut nicht durchführen. Daß der Auf der Droschkenführer unter den hier obwaltenden Umständen leiden könnte, will uns nicht einleuchten, denn das Vergehen eines Einzelnen kann nicht für die Gesamtheit maßgebend sein.

München. Keine Stadt in Deutschland wird uns um unsere Verkehrs Polizei beneiden. Nichtsahn bis in die Knochen, hat sie noch das eine für sich, rücksichtslos gegen die organisierten Kollegen vorzugehen. Die Streikbrecher und Indifferenten hingegen haben den größten Schutz. Ein Kollege, der die Fahrerlaubnis noch nicht hatte und vom Herrn Offizianten Parfeval beim Fahren getroffen, wurde von demselben befragt, ob er heuer auch gestreift hätte. Auf die Antwort nein, erklärte Herr Parfeval: „Dann sind Sie noch ein ausländischer Kutscher.“ Die Fahrerlaubnis ließ selbstverständlich nicht mehr lange auf sich warten. Anderen Kollegen wird bei dem gerichtlichen Vorfall, unbekannt darüber ob er eine Familie zu ernähren hat oder nicht, auf Monate der Fahrschein entzogen. In diesem Jahre haben wir bereits drei Fälle, die gerichtliche zum Anstrich hatten und mit Freispruch endeten. Die Kollegen waren aber durch Verdienstentgang auf das Schwerste geschädigt. Hier in München ist es schon soweit, daß eine Firma ihren Leuten gegenüber erklären kann: „Soll ich Ihnen den Fahrschein entziehen lassen.“ Solch eine Handlungsweise läßt tief blicken und es ist nicht verwunderlich, wenn man zu der Anschauung gelangt, daß Verkehrs Polizei und diese Firma unter einer Decke stecken. Daß man auch anderweitig ein Auge, und wenn es sich um die Tochter eines Postfers handelt, sogar beide Augen zudrücken kann, beweist folgender Vorfall: Die Chauffeuse Endres fuhr am 14. Juli mit der Automobildroschke Nr. 252 Ecke der Gallerie- und Pilotystraße mit solcher Wucht in ein Droschkenführerwerk, daß das Werk auf den Köhler der Maschine zu liegen kam und schwer verletzt wurde. Augenzeugen berichteten, daß nur die Chauffeuse durch die ungeschickte Handhabung der Maschine den Unfall herbeiführte. Wäre dies einem organisierten Kollegen passiert, so wäre ihm sofort der Fahrschein entzogen worden. Hier will man die Sache nach Möglichkeit vertuschen. Wurde doch Herr Endres von der Polizei angehängelt die Sache, im Guten abzumachen, damit die Tochter des Herrn Endres keine Unangenehmlichkeiten bekomme. Wäre am 26. Juli passierte ihr wieder ein Unfall, wo sie im Freimann an einen Baum anfuhr, so daß die Insassen aus dem Wagen geschleudert wurden. Hier hätte die Verkehrs Polizei die Verpflichtung in erster Linie Remmend zu schaffen. Durch die letzten Unfälle, die hauptsächlich auf das Konto der Münchener Verkehrs Polizei zu legen sind, ist ohnehin das Kraftdroschkengewerbe aufs empfindlichste geschädigt. Vielleicht kommt man bald zu der Ansicht, daß es für die Verkehrs Polizei noch wichtigere Aufgaben gibt als danach zu fragen, ob einer organisiert ist oder nicht. Wenn es aber nicht sein sollte, wobei die Droschkenführer und Chauffeurs Mühen zu, gegebener Zeit das Material beibringen, um mit Nachdruck die Gleichberechtigung selbst vor der hohen Verkehrs Polizei erringen. Die Münchener Kollegen wissen was sie an der Organisation haben und diejenigen, die noch in dem Wahn leben, so besser zu fahren, werden sehr bald durch die Verhältnisse gezwungen werden, sich der Organisation anzuschließen.

Droschenführer.

Berlin. Vor einiger Zeit brachten wir in einem Artikel zur Kenntnis, wie in Berlin und Umgegend, seitens der Polizeibeamten Strafanzeigen erstattet werden, und in welcher Weise dieselben oftmals zu Stande kommen. Wir wiesen darin auf eine Anzeige hin, welche von dem Polizeidiener Köb...

Das Gericht hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß die Polizei-Verordnung vom 26. 9. 06, die Abgabe von Warnungssignalen an unübersichtlichen Stellen allgemein anzuordnen kann, der in ihrer erwähnten Fall von Straßenkreuzungen nur als Beispiel für solche gefährlichen Stellen aufzufassen sei, aber als solches hinfallig sei bei nachweislicher Uebersichtlichkeit. Es wurde beschloffen, festzustellen, ob die fragliche Straßenkreuzung eine übersichtliche ist. Ein zu diesem Zweck abgehaltener Lokaltermin hat die völlige Uebersichtlichkeit der Stelle ergeben. Aber auch die Strafe selbst war zu der fraglichen Zeit nach der Angabe des Angeklagten ohne jeden starken Verkehr. Das in Karlsdorf an jenem Tage veranstaltete Rennen hatte bereits nach seiner Mißsage begonnen. Der Zeuge Elsner konnte nichts dem Entgegenstehendes mit Bestimmtheit angeben. Danach war der Angeklagte der ihm zur Last gelegten Uebertretung nicht schuldig und daher freizusprechen.

Um die Uebersichtlichkeit der Straßenkreuzung festzustellen, mußten also erst drei Termine abgehalten werden, drei Tage mußte sich der Kollege versäumen, und das alles, weil sich ein Bureauassistent und ein Polizeifergeant einbildeten, daß an jener Stelle Signal gegeben werden muß. Es wäre sehr angebracht, den Herren, speziell den Bureauassistenten, Vorlesungen darüber zu halten, daß sie Polizeiverordnungen verstehen lernen. Es handelt sich hier nicht nur um den einen Fall, denn es sind von den beiden Anzeigen in Menge fabriziert worden, alle wegen ein und derselben Uebertretung. Man kann es in der Tat nicht begreifen, wie derartige überhaupt möglich ist. Wir können den Kollegen nur raten, im Fall ihnen derartige Anzeigen von dort zugehen, unbedingt Widerspruch zu erheben, um eine gerichtliche Austragung herbeizuführen; damit derartig ungerechtfertigte Anzeigen unterbleiben.

München. Die Münchener Lohnkutscherinnung ist zur Zeit in schweren Nöten. Während des letzten Droschenführerstreiks und der Ausperrung hatte die Innung circa 3000 Mk. von dem Innungsvermögen an ihre bestreikten Mitglieder auszubehalten. Sie scheerte sich verlustig wenig um den Paragraphen 88, Abs. 2 der Gewerbeordnung, von dem doch der Innungsverband Kenntnis haben mußte. Hatten sie schon an der Münchener Verkehrs-Polizei eine große Sühne, so glaubten sie jedenfalls, auch diese ungesetzliche Handlung begehen zu dürfen, handelt es sich doch um eine gute Sache. Doch die Sache ging anders. Der Gesellenausschuß legte bei der oberen Verwaltungsbehörde Beschwerde ein, die, wenn auch ziemlich spät, folgendes anordnete:

Betreff: Lohnkutscherinnung hier: Unterstützung bestreikter Mitglieder.

Beschluß.

In nebenstehender Sache beschließt der Stadtmagistrat München als Aufsichtsbehörde:

1. Der Beschluß der Innungsverammlung vom 14. März 1908 wird aufgehoben und die Innung beauftragt, den Anspruch auf Rückzahlung der Unterstützung an bestreikte und kranke bezw. dürftige Innungsmitglieder seiner Zeit verausgabten Beträge gegen den Vorstand geltend zu machen.

2. Die Innung wird beauftragt, bei Vornahme von Gehilfen- (Rutscher-) Prüfungen den Gehilfenausschuß beizuziehen.

3. Die Kosten des Verfahrens hat die Lohnkutscherinnung zu tragen, wobei für gegenwärtigen Beschluß Gebühren außer Ansatz bleiben und zwar in der Erwägung, daß nach Paragraph 88, Abs. 2 der Reichsgewerbeordnung eine Verteilung des Innungsvermögens unter die Mitglieder der Innung bezw. eine Unterstützung einzelner Mitglieder aus dem Innungsvermögen unzulässig ist und daß im Hinblick auf Paragraph 95, Abs. 2 a. o. D. der Gesellenausschuß bei der Gesellenprüfung zu beteiligen ist. (Paragraph 96 der R. G. O. Art. 234 §. 9 des Gew. Ges. in der Fassung vom 28. April 1907.)

Stadtmagistrat München.

Stendel.

Schöner.

Gegen diesen Entscheid hat nun der Vorstand der Lohnkutscherinnung Beschwerde bei der Regierung erhoben. Einen Erfolg dürften sie dabei nicht haben. Durch dieses skrupellose Vorgehen einiger bezoppter Scharmacher werden verschiedene Firmen auf das Schwerste geschädigt. Am meisten dürften die Wittrauen betroffen werden, die bis zu 200 Mk. aus der Innungskasse als Entschädigung erhalten haben. Wie wäre es, wenn Herr Stendel als Macher des Ganzen den Rückersatz decken müßte?

Fensterputzer.

Die Königsberger Fensterputzer haben im Monat April d. J. mit den Inhabern der Glasreinigungsinstitute einen Lohn- und Arbeitsvertrag abgeschlossen durch das Eingreifen des Transportarbeiterverbandes. Durch diese Abmachungen wurde die Arbeitszeit festgelegt und Bezahlung der Ueberstunden gewährt. Die Löhne wurden auch um etwas verbessert, so daß im Durchschnitt ältere Putzer 18 bis 20 Mk. verdienen. Diese Gelegenheit benutzten f. Zt. die Instituts-Inhaber, die Preise für Glasreinigung zu erhöhen.

In einem an die Kundschaft verteilten Zirkular wies die Firma H. Frieseler Nachf. ausdrücklich darauf hin, daß durch die Lohnbewegung der Arbeiter eine Preiserhöhung stattfinden müsse.

Die Löhne der Putzer sind durchschnittlich um 10 pCt. erhöht worden, aber die Firma Frieseler erhöhte die Preise bei der Kundschaft um 15 pCt. Daraus mag die Kundschaft ersehen, daß der Institutsinhaber es verstanden hat, aus der Erhöhung der Löhne immer noch Vorteile für sich herauszuholen. Man gibt den Arbeitern 10 pCt., erhöht die Preise auf 15 pCt. Rechnet man für das Institut Frieseler 1500 Mk. Monatskasseneinnahme, so hat Herr Schiburr durch die Lohnbewegung monatlich 75 Mk. extra Mehrgewinn.

Das veranlaßt aber den Herrn Schiburr, Inhaber des Glasreinigungsinstituts Germania, H. Frieseler Nachf. noch keineswegs, die erhöhten Löhne zu zahlen, einige Wochen nur sind diese gezahlt worden, dann hat man Urfrage gesucht, um die alten Arbeiter herauszubringen und neue anzulernen, die natürlich billiger arbeiten müssen, so daß jetzt die Putzer zu denselben niedrigen Löhnen arbeiten müssen, als vor der Lohnbewegung.

Den Vorteil, den die Erhöhung der Preise für die Glasreinigung brachte, hat jetzt bei der Firma Frieseler nur der Institutsinhaber. Die Lohnerhöhung hat diese Firma den Arbeitern wieder genommen. Ein schönes Zeichen echt kapitalistischer Ausbeutung. Die Kundschaft des Herrn Schiburr wird sich darüber freuen, durch uns die Handlungsweise dieses erstklassigen Instituts zu erfahren. Wir werden uns später nochmal mit der Firma beschäftigen.

Stettin. Was der größte Optimist vor Jahresfrist nicht für möglich gehalten hätte, ist zur Wirklichkeit geworden. Die Kollegen Fensterputzer haben es fertig gebracht, eine Lohnbewegung erfolgreich zu beenden. Wenn man bedenkt, daß jahrelang vergeblich versucht worden ist, diese Kollegen von der Notwendigkeit der Organisation zu überzeugen, so ist dieser Erfolg gewiß zweifellos doppelt hoch einzuschätzen. Vor Einleitung der Forderungen hatten die Kollegen bei den Firmen Albert Manste und Gustav Marquardt bereits kleine Vorposten angepflanzt zu überwinden. Durch solidarisches Vorgehen erreichten die Kollegen, daß bei ersterer Firma die Kündigung und bei letzterer die pöblich erfolgte Entlassung je eines Kollegen rückgängig gemacht wurde. In beiden Fällen handelte es sich um Vertrauensleute. Ob dies Vorgehen der beiden Unternehmer eine Probe aufs Exempel sein sollte, steht dahin; annehmen kann man dieses, da sie wußten, daß ihnen in nächster Zeit Lohnforderungen der Putzer zugehen sollten. Nachdem dieses Geplänkel für die Kollegen erfolgreich beendet war, konnte der Kampf auf der ganzen Linie eröffnet werden. Am Sonntag, den 18. resp. Sonntag, den 19. Juli wurden den Unternehmen die Forderungen überreicht und bis Mittwoch, den 22., Antwort erbeten. Am 21. Juli erhielten wir von einem Unternehmer nachstehendes eigenartiges Schreiben, welches wir der Öffentlichkeit nicht vorenthalten wollen:

„Stettin, den 20. 7. 08.

An den Verband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands. Stettin.

Wenn der Verband dafür sorgt, daß ich höhere Abonnementspreise erziele und die schmutzige Konkurrenz aus der Welt geschafft wird, was ich nach achtzehnjähriger Tätigkeit nicht fertig bekomme, dann bin ich gerne bereit, mit Ihren Wünschen später anzuschließen.

Hochachtungsvoll

Albert Manste.

Am Mittwoch, den 22., nachmittags sprach dann der Unternehmer Albert Marquardt im Auftrage der Unternehmer in unserem Bureau vor und überreichte einen Tarifentwurf. Nachdem der anwesende Verbandsvertreter diesen Vertrag der Unternehmer durchgesehen wurde, dem Abgesandten der Unternehmer sofort bedeutet, daß die Putzer auf dieses Angebot niemals eingehen würden und könnten und wenn es zum Meiberten kommen würde. Unannehmbar in diesem Tarifentwurf für die Putzer war namentlich: Der Lohn soll 22 Mk. betragen; Beiträge zur Kranken- und Invalidenversicherung werden in Abzug gebracht; Lehrlinge können mehrere nach Bedarf gehalten werden und müssen diese einen Tag ohne Entschädigung arbeiten; für Schaden, welchen der Putzer verursacht, hat dieser auszukommen. Dieser Lohnentwurf hat Gültigkeit auf unbestimmte Zeit, und jeder Putzer hat bei seinem Arbeitgeber 5 Mk. Kaution zu entrichten, welche ihm in zwei Raten von seinem Lohn

einbehalten werden.“ Also eine Lohnverminderung, statt der erwünschten Aufbesserung.

Zu diesem Zweck hatten die Kollegen nicht nötig gehabt, in eine Lohnbewegung einzutreten. Der Abgesandte der Unternehmer ließ durchblicken, daß letztere zu weiterem Entgegenkommen evtl. bereit wären und lud den Verbandsvertreter zu einer am selben Abend stattfindenden Zusammenkunft der Unternehmer ein. Der Kollege sagte zu, gleich nach Schluß der Fensterputzerversammlung zu erscheinen. In der nun stattfindenden Versammlung wurde der Vorschlag der Unternehmer bekannt gegeben und teils mit Entrüstung, teils mit Gelächter entgegengenommen. Beschlossen wurde, nur auf Grund des den Unternehmern übersandten Tarifes zu verhandeln und für den Fall, daß es zu einer Einigung nicht käme, gleich am nächsten Tage früh die Kündigung einzureichen. Die hierauf mit den Unternehmern beginnende Verhandlung mußte nach Verlauf von zwei Stunden abgebrochen werden, da keine Einigung erzielt werden konnte. Der Verbandsvertreter erklärte, daß sofort vor Beginn der Arbeit am nächsten Tage auf der ganzen Linie von den Putzern gekündigt werden würde. Die Kollegen waren im Versammlungsort geblieben, um das Resultat der Verhandlungen entgegenzunehmen und bestimmte Direktiven für den nächsten Tag zu haben. Am 23. früh kündigten dann sämtliche Kollegen bei den in Frage kommenden Firmen. Als bekannt wurde, daß vom städtischen Arbeitsnachweis Arbeitskräfte gewonnen werden sollten, welche die Kollegen während der drei Tage Kündigungszeit anlernen sollten, legten die Kollegen von zwei Firmen die Arbeit nieder. Dies hatte man von den bisher so geduligten Arbeitern nicht erwartet. Die Erregung und Ratlosigkeit der Unternehmer wuchs von Stunde zu Stunde. Nach Tisch, als das Verbandsbureau geöffnet wurde, lag dort durch den Briefeinstwurf gesteckt, ein Zettel folgenden Inhalts:

„Forderungen sind bewilligt bis auf drei.

- 1. Die angefangene Stunde wird nicht bezahlt.
2. Für jeden Schaden, den der Putzer verschuldet hat, muß derselbe aufkommen.
3. Lohn 23 Mk. ohne Abzug; wer zur Zeit mehr bekommt, geht der Lohn weiter.
Wenn bis heute mittag 2 Uhr die Arbeit nicht aufgenommen ist, werden wir uns auf Kosten der betr. Putzer Ersatzleute annehmen.

Das Komitee der vereinigten Arbeitgeber für Fensterreinigung.

J. A. G. Marquardt.

Im Begriff, den Inhalt des Zettels mit der fürchterlichen Drohung am Schluß den versammelten Kollegen mitzuteilen, bemerkten wir in nächster Nähe einen der Arbeitgeber. Nach kurzen Worten wurden wir in ein nahe gelegenes Lokal zwecks weiterer Aussprache geladen. Hier war noch ein weiterer Arbeitgeber anwesend und ein dritter wurde erwartet. Inzwischen hatten die Kollegen eines weiteren Betriebes die Arbeit niedergelegt. Nach Zuziehung der Vertrauensleute wurde zwischen beiden Unternehmern und unserer Organisation im Verbandsbureau folgendes vereinbart:

Vereinbarung.

Zwischen der Firma Reinigungsanstalt, einerseits und den dort beschäftigten Putzern und dem Deutschen Transportarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Stettin, andererseits sind heute nachstehende Vereinbarungen getroffen:

- 1. Die Arbeitszeit währt von morgens 6 Uhr bis abends 6 Uhr mit einer Mittagspause von 1 1/2 und einer Frühstückspause von 1/2 Stunde.
2. a) Der Lohn beträgt 23 Mk. pro Woche ohne Abzug für Kranken- und Invalidenversicherung für Putzer, welche nachweislich ein Jahr als solche tätig sind.
b) Zuschüsse wird mit 4 Mk. pro Tag oder ein halber Tag mit 2,50 Mk. bezahlt.
c) Lehrlinge erhalten pro Woche 17 Mk., nach 1/2 Jahr 19 Mk., nach 1 Jahr 21 Mk., nach 1 1/2 Jahr 22 Mk. und nach 1 Jahr 23 Mk.
d) Die Lohnzahlung findet am Freitag abend statt.
3. Als Ueberstunden gilt die Zeit von 6-9 Uhr abends und wird mit 60 Pf. pro Stunde bezahlt.
4. Als Nacharbeit gilt die Zeit von 9 Uhr abends bis 6 Uhr morgens und wird mit 1 Mk. pro Stunde bezahlt.
Sonntagsarbeit wird nur, wenn Notarbeit, verrichtet und wird mit 1 Mk. pro Stunde bezahlt.
Reinigen von Häusern, Glasbäckern (Oberlichtern), sowie Arbeiten mit Säuren und anderen ätzenden Substanzen wird mit 30 Pf. Zuschlag pro Stunde bezahlt.
5. Zu gleicher Zeit darf nur ein Lehrling gehalten werden.
6. Für Schaden, welcher ohne Verschulden des Putzers entstanden ist, hat dieser nicht auszukommen.
7. Arbeitskräfte sind durch den Arbeitsnachweis des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes einzustellen.
8. Der 1. Mai wird von Mittag ab als Ruhetag freigegeben.
9. Maßregelungen dürfen aus Anlaß dieser Lohnbewegung nicht stattfinden.
Wo höhere als in diesem Tarif festgelegte Löhne gezahlt werden, bleiben diese bestehen.
Jede Arbeit wird im Wochenlohn verrichtet.
10. Etwaige aus diesem Tarif entstehende Differenzen sind zwischen den Vertragsschließenden zu regeln.
N a c h t r a g.
11. Rauchen während der Arbeitszeit ist verboten.
12. Kündigung ist gegenseitig eine dreitägige. Dieser Tarif hat Gültigkeit für die Zeit vom 1. August 1908 bis 31. Juli 1909 und gilt immer um ein Jahr verlängert, wenn nicht einen Monat

vor Ablauf der angegebenen Zeit von einer oder anderer Seite gekündigt wird.

Geflesen und genehmigt.

Stettin, im Juli 1908.

Die Kollegen in diesen zwei Betrieben nahmen sofort nach Bekanntgabe der Abmachungen die Arbeit wieder auf. Noch am selben Abend wurde der Betriebsvertreter telephonisch zu einem weiteren Arbeitgeber gerufen und auch hier der Tarif unterschrieben genehmigt. Am Sonnabend, den 25. unterschrieb im Bureau ein vierter Unternehmer den Tarif, nachdem er sich schon zuvor seinen Bürgern gegenüber wörtlich verpflichtet hatte. So war also nach halbtägigem Ausstande für 17 Kollegen festgelegt, unter welchen Bedingungen diese bis auf weiteres zu arbeiten haben. Erreicht wurde bei dieser Lohnbewegung pro Woche für 7 Kollegen je 1 M., für 5 Kollegen je 2 M. und für 1 Kollegen 2,08 M. Erhöhung des Lohnes. Zwei Kollegen erhielten schon den Lohnsatz von 23 M. zwei weitere an der Bewegung beteiligte Kollegen erhalten ihren bisherigen Lohn von 24 M. weiter.

In den Betrieben Gustav Marquardt, Albert Mancke, Richard Börner und Louis Sonnenberg werden nun einheitliche Löhne gezahlt; auch sonst ist alles einheitlich geregelt. Durch diese Bewegung ist der Beweis erbracht, daß es auch in Stettin möglich ist, Lohnforderungen zugunsten der Kollegen durchzusetzen, wenn nur der einheitliche Zusammenhalt und der Wille der Kollegen dazu da ist. Für die an dieser Bewegung direkt interessierten Kollegen darf es jetzt kein Hände in den Schoß legen und die Kräfte anleihen geben, sondern für diese muß es nun erst recht heißen: arbeiten für die Organisation, nicht nur im engeren Verstande, sondern in den Kreisen der gesamten Kollegenchaft. Wenn alle Kollegen in diesem Sinne arbeiten und der Organisation ständige neue Truppen zuführen, dann kann auch in Stettin die Zeit nicht mehr ferne sein, wo wir nicht mehr zu kleinstädtischen Löhnen zu arbeiten brauchen, wo Stettin aufgehört hat, die Stadt der Schindlöhne zu sein. Darum Kollegen, allesamt an die Arbeit. Alles für uns, durch die Organisation!

Handelsarbeiter.

Berlin. Die Koalition des Unternehmertums treibt jetzt zur Zeit der rückläufigen Konjunktur die schönsten Blüten, bei den wirtschaftlich schwächeren Gesellschaften jedoch — noch alles im schönsten Winterschlaf, die Zigarettenindustrie über die Ohren gezogen, träumen sie wohl, wie es so schön wäre, wenn der „Herr Chef“ eine Zulage gewähren würde, jedoch, sie können wohl warten bis auf den St. Nimmerleinstag. Daß es ein Mittel gibt, um solche Gedanken zur Durchführung zu bringen, das ist den Kollegen gerade nicht unbekannt geblieben; jedoch einstweilen fehlt ihnen die richtige Auffassung vom Wert und Nutzen des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses. Die Hindernisse und Schwierigkeiten, die sich den in der praktischen Agitation Tätigen oftmals entgegenstellen, lassen alle Arbeiten zur Heranziehung der Handelskronknechte zur gewerkschaftlichen Organisation anscheinend als aussichtslos erscheinen. Denn was will es sagen, daß von den ca. 9000 Organisierten der Kampf mit aller Energie geführt wird, während die große Masse der Handelskronknechte im Stumpfslum dahinvegetiert, unfähig, den Gedanken der Zusammengehörigkeit bei sich Wurzel fassen zu lassen.

Inr Jahresbericht der Berliner Handelskammer 1907 wird berichtet, daß es den Kurzwaren-Engros-Händlern möglich war, nicht nur die Preisheraufsetzung der Zellulosewaren abzuwehren, sondern die Preise noch weiter herabzubringen. Inwiefern es den Herren Kurzwaren-Großisten möglich war, auch die Löhne der Handelskronknechte zu kürzen, davon ist in dem Bericht leider nichts enthalten. Die Herren haben ja auch alle Ursache, derartige ungeschöne Maßnahmen, die nicht geeignet sind, sozialpolitisches Verständnis bei ihnen vorzusetzen zu lassen, nicht der Öffentlichkeit zu unterbreiten; der Widerspruch in Theorie und Praxis wäre ja auch zu groß. Nun, wir wollen den Handelskammerbericht nach dieser Richtung hin ergänzen. In der Poststraße domiziliert eine Firma H. P. F. von Kolland, Inhaber sind die Herren Fr. Hindloff und Ch. Müller; letzterer ist in der Berliner Handelskammer Mitglied des Ausschusses für die Kurzwarenbranche. Bei der Firma sind vier Kollegen beschäftigt. Einer von ihnen ist bereits 22 Jahre, ein anderer 10 Jahre beschäftigt, während zwei jüngere Kollegen sind. Die Arbeitsräume liegen, wie es fast allgemein so Brauch, tief im Keller. Während des ganzen Tages brennt Gas. Die Arbeitszeit beginnt im Winterhalbjahr morgens 7 1/2 und endet abends 7 1/2 Uhr. Die Loyalität der Geschäftsinhaber den Angestellten gegenüber ist jedoch so groß, daß sie, dem Zug der Zeit folgend, im Sommer Urlaub zu gewähren, sich dem glauben nicht entziehen zu können. In Aussicht auf die heiße Jahreszeit wird — eine halbe Stunde früher angefangen, d. h. die Arbeitszeit um so viel verlängert! Die Entlohnung ist den anderen Verhältnissen entsprechend, 20 M. Wochenlohn, auch der 22 Jahre Beschäftigte! Mag wohl schon einmal Herr Müller Betrachtungen darüber angestellt haben, was seine Untergebenen mit diesem fürstlichen Lohn anfangen sollen? Hat die innerhalb der Berliner Handelskammer bestehende Kommission für sozialpolitische Angelegenheiten so wenig Einfluß? Herr Dr. Hugo Gerschel, als Vorsitzender dieser Kommission sollte hier einmal zeigen, daß es ihm ernst ist, Reformen einzuführen.

Kollegen! Das ist das Los unserer Arbeitsbrüder bei der Firma Kolland. Es soll nun nicht gesagt sein, daß es anderwärts besser aussieht, — im Gegenteil! Wir werden später Gelegenheit nehmen, die Verhältnisse bei anderen Firmen unter die Lupe zu nehmen. Den Kollegen aber erwächst die Pflicht,

den Gedanken der Aufklärung in immer weitere Kreise zu tragen. Unterstützt die Kollegen, die in Eurer Branche als Zeitung gewählt worden sind. In der am 10. d. Mts. stattgefundenen Branchenversammlung wurde der neue Agitationsplan für Berlin diskutiert. Als Mitglieder in die Distriktsagitationskommission wurden die Kollegen Schade für den 1. und Bombach für den 10. Distrikt gewählt. Einige erheiternde Minuten wurde den Versammelten durch ein amvendesendes Vorstandsmitglied unserer „unabhängigen“ Freunde bereitet.

Kollegen! Gebirge von Ineffizienz und Dummheit sind noch hinwegzuräumen! Erleuchtet nicht in der Agitationsarbeit, bringt Licht in die Modertluft. Den Blick fest auf unser gemeinsames Ziel gerichtet, muß es uns gelingen, auch hier Remedur zu schaffen.

Berlin. Das genaue Resultat über die Abstimmung für den Achtuhr-Ladenschluß sollte bis Mitte August seitens der Behörde bekannt gegeben werden. Wie der „Confectionär“ berichtet, ist der Achtuhr-Ladenschluß gesichert, nach vorläufiger Schätzung seitens des zuständigen Dezernenten im Königl. Polizeipräsidium. Wenn möglich, soll die Angelegenheit bis 1. Oktober d. J. geregelt sein und die Einführung desselben eintreten. In letzter Zeit war seitens der Behörde weiter bekannt gemacht worden, daß eine Auslegung der Stimmlisten für den Achtuhr-Ladenschluß in Rixdorf, Charlottenburg, Schöneberg in der Zeit vom 29. Juli bis 11. August stattfände. Daß man die Abstimmung für diese zu Groß-Berlin gehörigen Teile nicht zu gleicher Zeit vornahm, beweist das „Eiltempo“ bestimmter Organe für die Sozialreform. Seit Jahren ist die Achtuhr-Ladenschlußfrage seitens der Handelsarbeiter in Bewegung und den Behörden und sonstigen Organen nicht unbekannt, da hätte man doch vermuten können, daß die Wägen dieser Städte einer solchen Frage etwas früher Beachtung geschenkt hätten. In Arbeitskräften zur Ausführung dieser Arbeiten zur selbigen Zeit kann es doch nicht gefehlt haben, oder erschweren die Kosten die Verzögerung? Das Berliner Polizeipräsidium hatte ja sofort nach der Berliner Abstimmung die erforderliche Verfügung erlassen; doch steht der einzelnen Behörde noch das Recht des Einspruchs zu. Dieser gesellschaftliche Gang einer für Unternehmer, Angestellten, Konsumenten brennenden Frage war diesen Herren von der Residenzstadt Berlin jedenfalls nicht wichtig genug, obwohl für einen großen Teil Städte innerhalb Deutschlands die Frage seit langem gelöst ist, ja sogar in Oesterreich, in Wien, haben jetzt nach einjähriger Unterbrechung die Handelsangestellten die Propaganda für die Siebenuhr-Sperre wieder aufgenommen. Massenversammlungen, sowie ein öffentlicher Demonstrationsszug fand statt. Um der Aktion mehr Ausdruck zu verleihen, wurden Lampions, welche Papierscheiben mit Aufschriften: „Hoch die Siebenuhr-Sperre“, „Nach 7 Uhr kein Einkauf!“, im Zuge getragen. In den Straßen, welche die Demonstranten benutzten, bildeten sich Spalier Tausender Neugierigen. Unsere Bruderorganisation war offiziell beteiligt am Zuge. O, Preußen, wie sind die Oesterreicher in der Welt voran!

Dresden. Zum 8 Uhr Ladenschluß in Dresden. Nachdem bei der Abstimmung über die Einführung des 8 Uhr Ladenschlusses über zwei Drittel der Inhaber von offenen Verkaufsstellen für den 8 Uhr Ladenschluß gestimmt haben, hat sich der Rat zu Dresden in seiner letzten Sitzung am 4. August, zu folgendem Beschlusse verlegt:

„Die königliche Kreishauptmannschaft wird ersucht, für den Fall der Anordnung des 8 Uhr Ladenschlusses diesen nicht allgemein für alle Geschäfte einzuführen, sondern den Handel mit Nahrungsmitteln, sowie mit Tabak und Tabakfabrikaten, ferner alle Sonnabende, sowie die Werktage in der Zeit vom 1. bis 24. Dezember jeden Jahres hiervon auszunehmen, im übrigen aber die Anordnung des 8 Uhr Ladenschlusses nur dann zu treffen, wenn gleichzeitig auch für die an die Stadt Dresden angrenzenden Gemeinden mindestens die gleichen Vorschriften getroffen und erlassen werden.“

Weiter beschließt der Rat, für den Fall der Anordnung des 8 Uhr Ladenschlusses die gemäß § 139 c, Absatz 2, Ziffer 2 der Gewerbeordnung festgesetzten 40 Ausnahmetage, an denen die Verkaufsstellen bis 10 Uhr abends geöffnet sein dürfen, bis auf 30 zu vermindern, die jetzt nach § 139 d, Ziffer 3 der Gewerbeordnung zulässigen 30 Ausnahmetage von den Vorschriften über die Mindestruhezeit der Geschäfte, Lehrlinge und Arbeiter in offenen Verkaufsstellen aber ihrer Zahl nach beizubehalten.“

Anstatt daß der Rat zu Dresden nach dem vorliegenden Abstimmungsergebnis bei der Kreishauptmannschaft nicht nur die baldige, sondern auch die vollständige Einführung des 8 Uhr Ladenschlusses für alle Geschäfte fordert, will er die Einführung in Dresden davon abhängig machen, daß auch in den an die Stadt angrenzenden Gemeinden die gleichen Vorschriften getroffen und erlassen werden. Dabei kommen fast nur kleinere Ortschaften in Frage, da die größeren Vororte in Dresden einverleibt sind. Es fragt also nicht die geringste Veranlassung vor, die Einführung des 8 Uhr Ladenschlusses in Dresden von dem Verhalten der Vorortgemeinden abhängig zu machen.

Ferner ersucht der Rat die Kgl. Kreishauptmannschaft, den Handel mit Nahrungsmitteln sowie mit Tabak- und Tabakfabrikation vom 8 Uhr Ladenschluß auszunehmen. Der Protest des Vereins Dresdener Zigarrenhändler vor der Abstimmung scheint den Herren im Rat zu Dresden gewaltig imponiert zu haben, ebenso der Protest der Bäcker, Innung und Produzentenhandwerker; denn sonst hätte der-

selbe nicht zu derartigen Beschlüssen kommen. Ganz überflüssig aber ist es auch, daß für die Werktage vom 1. bis 24. Dezember jeden Jahres der 8 Uhr Ladenschluß außer Kraft gesetzt werden soll; eine Woche vor Weihnachten dürfte dazu vollaus genügen, wenn man durchaus Ausnahmen machen will. Ebenso unfinnig erscheint es, daß alle Sonnabende im Jahr Ausnahmetage sein sollen. So wie das laufende Publikum sich mit der Sonntagsruhe abgefunden hat, wird es sich auch an den 8 Uhr Ladenschluß gewöhnen, wenn derselbe für alle Geschäfte ohne Ausnahme in Dresden zur Einführung gelangt. Namentlich das laufende arbeitende Publikum wird gern einige Unbequemlichkeiten, wenn man von solchen reden darf, auf sich nehmen im Interesse der vielen Tausende von Handelsangestellten, welche durch den 8 Uhr Ladenschluß eine erhebliche Verkürzung ihrer langen Arbeitszeit erreichen. Der Rat zu Dresden hat daher den vielen Angestellten, Manneken, Verkaufsstellen, Marktbeschern, Lehrlingen etc. mit seinem Beschlusse einen sehr schlechten Dienst erwiesen. Wir haben deshalb alle Ursache, gegen solche Rückständigkeit einer städtischen Körperschaft schärfsten Protest zu erheben und zu verlangen, daß die königliche Kreishauptmannschaft den Beschlüssen des Rats keine Stellung trägt, sondern nach dem Abstimmungsergebnis nun endlich den Achtuhr-Ladenschluß für alle Geschäfte in Dresden ohne Ausnahme anordnet im Interesse der gesamten Handelsangestellten und Handelskronarbeiter.

Frankfurt a. M. Messingapuger oder Hausdiener. Mit dem Transportarbeiterverbande hat die Firma Bronter u. Co. einen Tarif vereinbart, der eine achtstägige Kündigung vorsieht, aber nur für Hausdiener, Packer und Mitarbeiter Gültigkeit hat. Der Tarif ist am 24. Juli in Kraft getreten. Vorher bestand bei der Firma die einjährige Kündigung. Der Messingapuger Hillmann wurde nun von der Firma am 24. Juli entlassen und zwar unter Einhaltung der einjährigen Kündigungsfrist. Es entfiel nun beim hiesigen Gewerbegericht die Frage, ob der Tarif auch für den Kläger gültig ist. Letzterer behauptet es und zwar mit der Begründung, daß er vorwiegend mit Arbeiten als Hausdiener beschäftigt worden sei. Der in dieser Frage als Sachverständiger vernommene Kollege Ständer meint, bei der Firma habe sicher bei Abschluß des Tarifes die Meinung vorgeherrschet, er solle sich auf das ganze Personal beziehen. Herr Bronter habe wenigstens eine diesbezügliche Berechnung aufgestellt. Nach dem Tarif selbst aber hätten die einzelnen Bestimmungen für die Messingapuger keine Gültigkeit. Nach den Bestimmungen eines anderen Zeugen war der Kläger in der Hauptsache als Messingapuger beschäftigt. Auf den Rat des Vorherrschenden zog der Kläger nach dieser Aussage seine Klage zurück. — Einfacher lag die Klage des Hausdieners Eger, der ebenfalls von der Firma Bronter u. Co. 24. Juli entlassen wurde für Nichtinhaltung der achtjährigen Kündigung verlangt. Der Tarif, der letztere vorsieht, ist, wie schon erwähnt, am 24. Juli in Kraft getreten. Die Firma hat aber an diesem Tage erst den Kläger mit einem Tag Kündigung entlassen. Nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen bekommen aber Abmachungen mit der Mitternachtsstunde desjenigen Tages ihre Gültigkeit, an dem sie in Kraft treten sollen. Die Firma hatte sich also um einen Tag verspätet. Sie wird zur Zahlung verurteilt.

Waldenburg i. Schl. Eine sozialistische Firma will die Eisenfirma C. S. Neumann Söhne sein und bleiben. Jeder hiesige Kollege wird wohl diese Namen kennen, sind es doch die Herren, welche vor zwei Jahren ihre besten Arbeiter aufs Pflaster setzten, weil diese das Kapitalverbrechen begingen und Mitglieder unseres Verbandes wurden. „Ich beschäme keine Sozialdemokraten“, so erklärte kategorisch Herr Neumann und seine Produzenten nicht ihn zu. Man ist ja so manches von den Unternehmern in unserem geliebten Schleierlande gewöhnt, obige Firma scheint aber doch an der Spitze der Schamacher zu stehen. Jeder neu eintretende Arbeiter muß bei Engagementsabschluss sich einem richtigen Verhör unterwerfen, ob er Mitglied des roten Transportarbeiterverbandes ist. Es wird somit allen wohl verständlich sein, daß es dann in diesem Betriebe keinen organisierten Kollegen gibt; dafür sind aber die Lohn- und Arbeitsverhältnisse bei Neumann die „besten“ und wir können jeden empfehlen, sich hiervon persönlich zu überzeugen. — Offen ist ja bekanntlich sehr leicht, und mit leichten Sachen kann man ja den ganzen Tag hantieren, ohne müde zu werden. 19 M. Wochenlohn ist ebenfalls eine ganze Masse Geld und bei einiger Sparamkeit kann es der Arbeiter doch so weit bringen, sich in Schreiberhau ebenfalls eine Villa bauen zu lassen. Und doch muß es einen haben, dem von den Leuten, welche vor zwei Jahren die Stellen der Gemeindegewerkschaften besetzten, ist keiner mehr im Betriebe. Alle haben trotz des hohen Lohnes und trotz liebevoller Behandlung belächelt die Tür dieses Betriebes von draußen zugemacht. O, welche Lust, bei einem Millionär arbeiten zu dürfen, so schreibt jeder vorher; wenn einem aber erst das wahre Glück lacht, der ist froh, Adieu sagen zu können. Wir aber, die wir schon immer wußten, wie der Dase dort läuft, können mit den Verhältnissen bei Neumann zufrieden sein; die Not wird die Kollegen zwingen, sich der Organisation anzuschließen.

Mineralwasserarbeiter.

Königsberg i. Pr. Die Arbeiter in den Selter- und Mineralwasserbetrieben haben recht schlechte Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Die Arbeitszeit ist 11 bis 13 Stunden lang, die Bezahlung geht meist nicht über 15 M. Wochenlohn. Junge Mädchen werden in diesen Betrieben mit Vorliebe beschäftigt und verdienen bei 66 Stunden Arbeit pro Woche 7 bis 8 M., dies ist für die Stunde 12 Pf. Lohn.

Gewiß eine traurige Bezahlung. Für diesen Schundlohn müssen aber die Mädchen auch noch Arbeiten verrichten, die auf keinen Fall von Frauen und Mädchen geleistet werden sollte. Oder ist es vielleicht eine gesundheitsfördernde Beschäftigung für junge Mädchen, die Kisten mit vollen Flaschen zu transportieren und aufzustapeln? Dient es dem jugendlichen Organismus der Mädchen zum Vorteil, schwere Lasten, wie dies bei den Kisten mit 20 oder 25 vollen Bitterflaschen der Fall ist, zu transportieren. Diese schweren Arbeiten bilden eine direkte Gefahr für die Gesundheit oft schwächerer, durch ungenügende Nahrung und Pflege körperlich zurückgebliebener Mädchen.

Und dies für einen Stundenlohn von 12 Pf. Aber auch die Arbeiter befinden sich in solchen Verlegen in einer trostlosen Lage. Verheiratete Arbeiter erhalten 15 Mk. Wochenlohn, für Ueberstunden 25 Pf.

Die Herren Mineralwasserfabrikanten Schmidt und Kollegen sollten sich eigentlich der Deffentlichkeit gegenüber genügend fühlen, für solche Löhne, 7-8 Mk. resp. 15 Mk. für Familienväter, noch Arbeiterinnen und Arbeiter zu beschaffen. Aber solche zarte Rücksicht ist den meisten Unternehmern ein fremdes Kapitel, Profit ist die einzige Parole.

Arbeiter und Arbeiterinnen der Mineralwasserbranche begreift, daß diese elenden Verhältnisse verbessert werden können, wenn ihr nur eurer Organisation vollzählig beitrete, deshalb hinein in den Deutschen Transportarbeiterverband!

Transportarbeiter.

Berlin. Seit einiger Zeit haben die Kollegen aus den Berliner Metallbetrieben, sehr wenig von sich hören lassen und hat es fast den Anschein, als wenn die Agitation und das Bestreben nach Verbesserung günstiger Lohn- und Arbeitsverhältnisse nachgelassen hätte. Doch dem ist im allgemeinen nicht so. Bei der jetzt immer noch anhaltenden klauen Konjunktur, müssen alle verfügbaren Kräfte angespannt werden, um Verschlechterungen, die die Unternehmer hier und da gedenken mit Leichtigkeit durchzuführen zu können, abzuwehren. Wie nun einmal in der Metallindustrie, das Gründungsfever von gelben Gewerkschaften als chronische Industrie-Krankheit hervorgetreten ist, haben unsere Kollegen alle Hände voll zu tun, um durch geeignete Gegenmittel, diese „Seuche“ von sich zu halten.

Der Herr Kommerzienrat „Herr“ hat im Frühjahr d. J. unter Einwirkung größerer Opfer, einen Arbeitnehmer-Verein zur Wahrung der Interessen der Arbeitgeber gegründet und hatte nun das rechte Bestreben, dieses Gebilde zur weiteren Entwicklung zu bringen. Unsere Kollegen bei Flohr können hiervon ein Liedchen singen; manches Opfer waren sie gezwungen, beim Abwehrkampf zu bringen, aber sie haben sich, das muß hervorgehoben werden, sehr tapfer gehalten.

Das Organisationsverhältnis verbesserte sich im Betriebe von Flohr zuwehends. Dem gelben Arbeiterverein wurden die Mitglieder immer von neuem abgezogen; immer truppweise wurden die Austritte aus dem gelben Verein erklärt. Und so wurde denn vor 14 Tagen, von den Gelben zu einem erneuten Schlag, gegen unsere Organisation ausgeholt; indem der Obmann der Gelben, Herr Feldmann, von Herrn Flohr verlangte, daß unser Vertrauensmann, der Kollege Mulewicz, zu entlassen ist, weil er hauptsächlich für die Entwicklung der Gelben hinderlich sei.

Der Vertreter des Herrn Flohr, Herr Ingenieur Hammer, hatte denn auch weiter nichts eiligeres zu tun, als dem Befehl des gelben Hauptlings nachzukommen. Aber trotz der Entlassung unseres Kollegen, gedeiht das Aufklärungswerk unserer Kollegen munter weiter. Hatte doch Herr Flohr mit seinem Gründungswerk schon solwieo Fiasco gemacht, so ist dies nach einem Vorkommnis in den letzten Tagen, umso vollständiger eingetreten, nämlich: der Herr Hauptling der Gelben hatte wohl die Wahrnehmung gemacht, daß ein Nachwuchs für seine Ideen sich nicht recht ergeben würde, und ging nun kurz entschlossen dazu über, dieses Kulturhandwerk an den Arbeiterinnen von Flohr selbst zu betreiben.

Nachdem sich nun mehrere Male, vor dem Torweg und auf der Straße, die erschütternden Szenen abgespielt hatten, mußte Herr Flohr mit schwerem Herzen, diese seine treue „Sitzge“ entlassen; wollte er nicht selbst Schaden an seiner Seele nehmen. Zu bemerken ist noch, daß der Herr „Hauptling“, Herr „Feldmann“, selbst verheiratet ist und sich „Wasser“ zweier Kinder nennt. — Aber auch auf wirtschaftlichem Gebiete ist nichts veräumt geworden und waren die Kollegen allerwärts, wo es irgend möglich war, bestrebt, diesen Aufgaben gerecht zu werden. Nebst dem Tarifabschluß im Konsum-Verein Mr. u. Genest, der ganz annehmbare Vorteile für die Kollegen brachte, sind auch bei anderen Firmen Forderungen gestellt worden. So stellten die Kollegen Packer, Lager- und Werkstättenhilfsarbeiter von der A. G. W., Alsterstraße, vor der Inventur im Juni, an ihre Direktion eine Lohnforderung, die aber nicht beendet wurde, sondern auf Wunsch eines der maßgebenden Herrn bis nach der Inventur vertagt wurde, welcher Wunsch auch bereitwillige Zustimmung erhielt.

Die Forderung ist nun vor einigen Tagen erneut der Direktion unterbreitet worden, und hat sich diese zu einem Entgegenkommen bereit erklärt. Demnach sollen in Zukunft nicht mehr, wie bisher üblich, die Arbeiter mit 32 Pf. Stundenlohn, sondern mit 36 Pf. pro Stunde eingestellt werden. Außerdem soll alle Halbjahre eine Zulage von 2 Pf. pro Stunde gegeben werden, so daß nach 4 jähriger Beschäftigung der Stundenlohn 52 Pf. betragen muß. Nach einer Beschäftigungsdauer von 7 Jahren tritt eine weitere Erhöhung von 2 Pf. ein, so daß ein Höchstlohn von 54 Pf. die Stunde erreicht wird. Bei dieser Bewegung kommen ungefähr 600 Kollegen in

Betracht und erklärten diese sich mit dem Zugeständnis der Direktion einverstanden.

Die Kollegen von A. G. W., Suttendorfer, Turbinenfabrik, hatten ebenfalls ihrer Direktion eine Forderung unterbreitet und verlangten für Werkstättenhilfsarbeiter einen Anfangslohn von 42 Pf., steigend in 2 Jahren auf 52 Pf. pro Stunde. Für Transporteure und Kranführer, Anfangslohn 42 Pf., steigend in 2 Jahren auf 54 Pf. pro Stunde und für Packer einen Anfangslohn von 50 Pf., steigend nach einjähriger Beschäftigung auf 56 Pf. pro Stunde. Trotz mehrmaligen Verhandels, hat die Direktion von der Turbinenfabrik unseren Kollegen ein Entgegenkommen nicht gezeigt, und um es nicht zum äußersten kommen zu lassen, wurde von einer Erweiterung Abstand genommen, weil die Durchföhrung der Forderung durch einen Streik, zur Zeit als ungünstig bezeichnet werden muß. —

Als nächste Aufgabe haben sich die Kollegen in den Metallbetrieben, die Ausnahme einer Lohnstatistik gestellt, um sich dadurch ein Spiegelbild ihrer Löhne, die gerade in den Metallbetrieben so kolossal verschieden an unsere Berufskollegen gezahlt werden, zu verschaffen.

Da diese statistische Ausnahme im Interesse der gesamten Kollegen erfolgt, wird erwartet, daß es sich ein jeder zur Pflicht macht, an dem guten Gelingen der Statistik, mitarbeiten zu helfen. Damit wäre eine allgemeine Uebersicht unserer Tüchtigkeit aus den Metallbetrieben gegeben und wir wollen wünschen, daß er im nächsten Vierteljahr günstiger für die Kollegen ausfallen wird.

Chemnitz mit seiner hochentwickelten Industrie und seinem sich fortgesetzt steigenden Verkehr im Stadlimern, gestaltet den Beruf der Kutscher und Geschirrführer zu einem immer gefährlicherem und verantwortungreicherem. Unglücksfälle und Stollifikationen mit der Straßenbahn, sind denn auch eine leider nur zu oft wiederkehrende Erscheinung. Das Verlangen nach festen Kutscherlöhnen, ist infolge dieses Umstandes, mehr denn anderswo zur brennenden Frage geworden.

Nachdem bereits vor vier Jahren die hiesige Kollegenschaft eine diesbezügliche Eingabe an den Rat der Stadt zc. veranlaßt hatte, welche abschlägig beschieden wurde, beschäftigte sich am Sonntag, den 22. März d. J., wiederum eine Versammlung mit dieser Angelegenheit. Das Ergebnis dieser Versammlung war, die einstimmige Annahme einer wohlübergründeten, an die städtischen Behörden zu richtenden Resolution, in welcher das Verlangen der polizeilichen Bestimmung, feste Kutscherlöhne betreffend, erneut ausgesprochen wurde. Vier Monate haben die in Frage kommenden Instanzen gebraucht, um wiederum zu dem Resultat zu kommen, daß unser Verlangen für Chemnitz undurchführbar sei.

Man kann dem Rat von Chemnitz nicht den Vorwurf machen, daß er dieser Angelegenheit nicht die nötige Beachtung beigemessen oder sie lax behandelt hätte. Dagegen spricht der Umstand, daß er schon über ein recht dickes Bündel von Informationen und „Sachverständigenurteilen“ verfügt, in welches wir leider keinen Einblick nehmen konnten. Zur Vereinerung dieses Aktenbündel, dürfte auch die Unfallberufsgenossenschaft für das Fuhrgewerbe betragen haben, welche vor zwei Jahren in gleichem Sinne interveniert hat. Unsymmetrie erlaubt man aber, ob des Ergebnisses dieser Information: „Daß für Chemnitz die Sache undurchführbar sei, da es hier vorderrschend Spezialwagen gebe, an denen sich nicht immer Kutscherlöhne anbringen lassen.“ Die Sache ist demzufolge zu einer rein sachtechnischen geworden, über die in letzter Linie der Wagenbauer zu entscheiden hätte. Ob seitens des Stadtrates auch ein solcher gehört worden ist, entzieht sich unserer Kenntnis, wir wagen es aber zu bezweifeln. — Nunmehr haben die an der Frage stark interessierten Geschirrführer wieder das Wort.

Dortmund. Die Herren im Hause. Bei dem hiesigen Expediteur Hemfoth sind Schuppen- und Diebstahle vorgekommen, für die der Unternehmer die Arbeiter verantwortlich machen möchte. Sogar Entlassungen droht er ihnen an, wenn sie den Dieb nicht entdecken können. Der Unternehmer erkleh zu diesem Zwecke folgenden Akt:

An meine Schuppenarbeiter!

Ich habe im Laufe der letzten Zeit die Beobachtung gemacht, daß in meinem Schuppen verschiedene Diebstahle vorgekommen sind, aus denen deutlich hervorging, daß nur einer meiner eigenen Leute der Dieb sein kann. Ich fordere daher alle ehrlichen Arbeiter auf, mir beifällig zu sein, dem Spitzbuben das Handwerk zu legen! Es muß für jeden anständigen und gewissenhaften Menschen eine ehrende Aufgabe sein, mitzuwirken, daß solche Lumpen entfernt werden und daß der Verdacht der Dieberei von der Arbeitergemeinschaft genommen wird.

Ich sichere dem eine Belohnung zu, der mir über den Dieb auch nur einen Anhaltspunkt geben kann.

Sollte diese Aufforderung aber nichts nützen und die Diebereien trotzdem nicht aufhören, bin ich gezwungen, einen Teil meiner Kutscher und Schuppenarbeiter zu entlassen.

Bei meinen Schuppenarbeitern habe ich außerdem schon des öfteren gesehen, daß sie fremde Kutscher oder sonstige Unbefugte mit der größten Gleichgültigkeit im Schuppen und auf unserer Rampe herumlaufen lassen, ohne solche Leute zu beobachten oder zu kontrollieren.

Ich werde daher künftighin gegen jeden nachlässigen und gleichgültigen Mann mit einer Ordnungsstrafe einschreiten.

pp. W. H. Hemfoth.

Sollte Herr Hemfoth nicht so feindsüchtig sein und ahnen, daß dieses rigorese Vorgehen für seine ehrlichen Arbeiter eine Beleidigung bedeutet. Zu Textzwecken wird er jedenfalls seine Arbeiter nicht eingestellt haben. Die Zumutungen, die Herr Hemfoth an seine Arbeiter stellt und die angeordnete Entlassung aus diesem Grunde sind Maßnahmen, die wir bisher noch von keinem Unternehmer gehört haben.

Düsseldorf. Zur Naturgeschichte des christlichen Transportarbeiter-Verbandes. Einen Verrat hat der christliche Transportarbeiter-Verband wieder einmal in Düsseldorf begangen. Die Firma „Willing'sche Industrie für Holz und Landbedarf“, stand mit unserer Bruderorganisation, dem Hafenarbeiterverband, im Tarifverhältnis. Die Firma kündigte zum 1. Juli den Tarif und beabsichtigte bedeutende Lohnabzüge zu machen, da sonst das Geschäft sich nicht rentieren? Die Unterhandlungen mit den Vertretern der Hafenarbeiter verliefen resultatlos, die Firma bestand auf der Lohnreduzierung. Die Arbeiter kündigten gemeinschaftlich das Arbeitsverhältnis, mit dem Bemerkten, daß die Kündigung als zurückgezogen gilt, wenn eine Einigung über den Tarif erzielt würde. Hier setzte der christliche Verband ein. In aller Heimlichkeit schloß der christliche Verband den gekündigten Tarif auf ein Jahr mit der Firma ab. Ueber ein halbes hundert braver, fleißiger Arbeiter, die bis zu neun Jahre ihre besten Kräfte der Firma geopfert, lagen auf dem Pflaster. Der christliche Verband hatte nun die traurige Rolle übernommen, Ersatz für die ausgesperrten zu schaffen, also den Streikbruch zu organisieren. Herr Giesmann, Bezirksleiter des christlichen Transportarbeiterverbandes, das geistige Haupt dieses Arbeiterberrats, scheint sich ob dieser Leistung, wenn auch nicht vor sich selber, so doch vor den christl. organisierten Arbeitern zu schämen, denn er entschuldigte sein Vorgehen damit, daß der Hafenarbeiterverband ihn als Vertreter der christl. organisierten Arbeiter zu den Beratungen nicht hinzugezogen habe. Also Anerkennung dieses Verbändchens auf „alle Fälle“, um „jeden Preis“, auch wenn er keine Mitglieder im Betriebe hat. Es muß traurig bestellt sein, mit der Verbekraft eines Verbandes, der zu solchen Mitteln greift, um nur seine Mitgliederzahl etwas zu erhöhen. Wäre dem Hafenarbeiterverband dieser Streik nicht gespielt worden, es wäre ihm gelungen, nicht nur die geplante Verschlechterung abzuwehren, sondern noch Vorteile zu erzielen. Wie mag das Brot schmecken, das man Familienvätern vor dem Munde wegschnappt?

Obenbütig. Außerordentlich traurige Verhältnisse sind hier am Orte in den Expeditionsgechäften noch vorherrschend. Heute wollen wir uns mit der Firma Hotes Expeditor beschäftigen. Dort erhalten die Fuhrleute pro Tag 3,25 Mk., die Arbeiter 3,00 Mk. Die Arbeitszeit ist wie überall verschieden. Von morgens 6 Uhr bis abends 8, 9, auch 10 Uhr und später. Die Mittagspause beträgt oft nicht mehr wie 1/2 Stunde. Ueberstunden bezahlen sind unbekante Dinge. Gelegenheitsarbeiter bei Möbelumzügen bekommen pro Tag 3,00 Mk., für eine Arbeitszeit von ebenfalls morgens 6 Uhr bis abends 10 Uhr. Dann besteht das famose System, daß die Leute abends Parole geben müssen, wieviel sie am Tage gemacht haben. So kommt es denn, daß keiner der schlechtesten sein will, ein Hasten wird Tagen den Tag über, lebighä zum Profit des Unternehmers.

Vor kurzer Zeit hatte ein Kollege eine Landtour nach Wiesefelde. Da er kein Bezahlgeld mitbekam, machte er die notwendigen Auslagen. Er kaufte unterwegs für 1,20 Mk. Brot für die Pferde. Zahle zweimal Chauffeegeld und hatte naturgemäß auch durch das Ausspannen kleine Ausgaben für sich. Abends nach Hause gekommen, verlangt er nun die Auslagen im Betrage von 2,20 Mk. zurückzuerstatten. Dies wollte der Unternehmer nicht zahlen und sagte dem Fuhrmann, er solle machen, daß er raus kommt. Hier muß also der Fuhrmann von seinem horrenden Lohn, noch einen Teil der Geschäftskosten übernehmen und wird dann einfach hinausgeworfen.

Aber nicht genug hiermit, besteht bei der Firma noch ein anderes System. Des Morgens fragen die Arbeitslosen dort im Betriebe um Arbeit nach. Wenn nun andere Betriebe gerade Leute zur Ausschiffe brauchen, dann wenden sie sich an Hotes und Hotes ist menschenfreundlich genug, diese Unternehmer aus der Verlegenheit zu helfen. Er nimmt also die Arbeitslosen zu einem Tagelohn von 3,00 Mk. an und verleiht die Leute an die Betriebe, welche Arbeitskräfte brauchen. Diese Unternehmer zahlen an Herrn Hotes aber nicht 3,00 Mk., sondern pro Tag 4,50 Mk., sodas er also an jedem Mann und Tag mühelos eine Mark und 50 Pfennige einstreicht. Hat der verliehene Mann um 7 Uhr abends Feierabend, dann geht er zu Herrn Hotes und melde sich, daß er frei ist. Dann darf er noch bis 8, 9 oder auch bis 10 Uhr für die Firma Hotes arbeiten, natürlich ohne Entschädigung. Denn vom Bezahlen für geleistete Arbeit ist Herr Hotes absolut kein Freund. Hier finden wir also noch ein Stück moderne Sklaverei, wie sie schlimmer nicht sein kann. Nicht genug, daß die Firma an dem Mann 1,50 Mk. verdient, nein man beutet ihn dann noch extra aus. Hallo, wie nett sind doch die Arbeitgeber, der Arbeiter darf arbeiten, arbeiten zu Ruh und frommen des Unternehmers. Darf einen Teil der Geschäftskosten mit tragen und wird dann hinausgeworfen. So will es das kapitalistische Interesse. Expeditionsarbeiter und Kutscher! Wie lange noch sollen solche Zustände bestehen bleiben? Wie lange noch wollen wir unter solchen Verhältnissen weiter vegetieren? Es ist die höchste Zeit, daß wir uns auf uns selbst besinnen und Tabularasa machen mit Zuständen, wie sie nicht einmal im Mittelalter bestanden haben.

Hierzu ist eine starke Organisation notwendig. Wer also mithelfen will, bessere Zustände zu schaffen, der fäume nicht länger, sondern schließe sich der Organisation an, denn nur so sind wir im Stande, andere Verhältnisse zu schaffen.

Oeffentliche und Mitglieder-Versammlungen.

Berlin. Die Ortsverwaltung hielt am 13. August die Generalversammlung pro 2. Quartal ab. Das Protokoll der letzten Versammlung wurde angenommen. Den Tätigkeitsbericht der Verwaltung gibt der Bevollmächtigte. Es fanden statt: 10 Ortsverwaltungsitzungen, 4 Sitzungen mit dem Hauptvorstand, 7 mit der Bezirksleitung, 4 Bezirksitzungen, 9 Versammlungen sämtlicher Funktionäre, 5 Branchensitzungen, 1 Oeffentliche, 6 Sitzungen der Vertrauensleute der einzelnen Branchen, diverse Versammlungen 12, Sitzungen verschiedener Kommissionen 77 und 17 Verhandlungen mit Unternehmern. Der Kassenbericht lag gedruckt vor, derselbe zeigt folgendes Bild:

Kassenbericht vom 1. April bis 30. Juni 1908.

Table with columns for 'Einnahme' and 'Ausgabe'. Items include 'Kassenbestand am 1. April 1908', 'Beiträge à 40 Pf.', 'Streichföndmarken à 30 Pf.', 'Krank-Unterstützung', 'Beerdigungsbeihilfe', etc.

Table with columns for 'Einnahme' and 'Ausgabe'. Items include 'Krank-Unterstützung', 'Beerdigungsbeihilfe', 'Notfall-Unterstützung', 'Arbeitslosen-Unterstützung', 'Gehälter und Versicherungsbeiträge', etc.

Table with columns for 'Einnahme' and 'Ausgabe'. Items include 'Einnahme', 'Ausgabe', 'Bestand am 30. Juni 1908', 'Berlin, den 30. Juli 1908, Herm. Meißner.'

Table with columns for 'Einnahme' and 'Ausgabe'. Items include 'Die Hauptkasse zahlte im Laufe des 2. Quartals 1908 an 40 Pf. zahlende Mitglieder folgende Unterstützungen: Arbeitslosen-Unterstützung, Arbeitslosen-Zuschuß-Unterstützung, etc.

Zu Ehren der im verflochtenen Quartal Verstorbener erhoben sich die Versammelten von den Sätzen. Eine auf den Kassenbericht bezügliche Frage, wird vom Kassierer, entsprechend beantwortet. Der Antrag der Revisoren, den Kassierer zu entlasten, wird einstimmig angenommen. Bekanntlich hat die Gruppe der Handwägenfahrer beschlossen, den 50 Pf. Beitrag zu zahlen. Von den Koll. Braunert und Watter wird nun beantragt, den 50 Pf. Beitrag zahlenden Kollegen die erhöhte Unterstützung bei Streiks und Mahregelungen zu gewähren, analog den Sätzen, wie sie in der Ortsv. II festgelegt sind. Nach einer Mitgliedschaft von 6-26 Wochen zu den statutarischen Sätzen einen Zuschuß von 1 Mk., nach 104 Wochen 2 Mk., nach mehr als 104 Wochen 3 Mk. Nach kurzer Begründung des Antrages, welcher von der Verwaltung ebenfalls unterstützt wird, wird derselbe mit großer Majorität angenommen. Einen Antrag auf Ausschluß des Kollegen Hennede aus der Organisation haben die Kollegen Goldleistenpader gestellt. Hennede hat anlässlich der diesjährigen Wählerbet der Firma Jander Streifbruch verübt. Es wird einstimmig beschlossen, denselben dem Vorstand zum Ausschluß zu empfehlen. Wappler teilt noch mit, daß eine Bewegung der Tischler zc. bei der Firma Bahn durch die Solidarität unserer Kollegen

zu Gunsten der Holzarbeiter beendet wurde. Von einem Kollegen wurde dargelegt, daß, als wir im vergangenen Jahre eine Lohnbewegung bei der Firma hatten, die Holzarbeiter durch den Omann des Ausschusses erklärten, die Arbeit zu Gunsten unserer Kollegen nicht niederlegen zu können, da sie durch den Tarif gebunden seien. In diesem Jahre streikten nun die Tischler und nun verlangten diese, daß unsere Kollegen Hausdiener die Arbeit ebenfalls niederlegen sollten. Unsere Kollegen sind der Aufforderung nachgekommen und ist es durch diese allein, die als langjährige Arbeiter zu Montagetarbeiten verwandt werden, erreicht worden, daß der Sieg an die Fahne der Arbeiter geheftet werden konnte. Jedenfalls dient dieser Vorgang dazu, den gelehrten Arbeitern die Gleichberechtigung der Ungelehrten mehr wie bisher vor die Augen zu führen. Vom Koll. Mich. Schulte wird Ausschluß verlangt, warum der Kollege Emil Stohmann ausgeschlossen wurde, ohne daß die örtliche Generalversammlung den Antrag gestellt hätte. Vom Versammlungsleiter wird dem Kollegen bedeutet, daß sich der Koll. Stohmann selbst außerhalb des Statuts gestellt habe dadurch, indem er seine Beschwerden nicht an die Verwaltung, sondern an den Vorstand gerichtet habe; ferner hat derselbe auch erklärt, daß er keine Versammlung der Ortsverwaltung besuchen würde. Der Antrag Schultes ist somit undisputabel. Stohmann siehe ja der Beschwerdeweg an den Ausschuß offen. Nach längerer Diskussion wird ein Antrag auf Übertragung zur Tagesordnung angenommen. Ferner lag ein Antrag auf Ausschluß gegen den Koll. Kengler vor. Derselbe hat als Kommissionsführer in einer großen Fabrik der Metallindustrie die Verbandskollegen bei der Direktion denunziert, sodas mehrere rührige, dort längere Zeit tätige Kollegen gemahregelt wurden. Kengler war dieserhalb zur Ortsverwaltungsitzung geladen, aber nicht erschienen. Ein zweiter Brief kam als unbestellbar zurück. Nach kurzer Diskussion wird ebenfalls beschlossen, den Ausschluß beim Vorstand zu beantragen. In verschiedene Distrikte des neuen Agitationsplanes sind Hausdiener zu wählen; da nun keine bestimmte Branche angegeben ist, wird die Wahl in der Generalversammlung vorgenommen. Es werden gewählt für den Distrikt 2 Schallmeyer, für Distrikt 4 Wölgel und Kaniq, für Distrikt 6 Fr. Ludow, für Distrikt 7 Gust. Müller, für Distrikt 8 Ost. Watz. Nachdem noch einige weniger bedeutende Fragen zur Erörterung gelangten, erfolgte Schluß der Versammlung mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Deutschen Transportarbeiter-Verband.

Berlin. Am Sonntag, den 2. August hielten die Möbeltransportarbeiter, Kutscher und Packer im Gewerkschaftshaus eine Versammlung ab, welche stark besucht war. Kollege Hampel sprach zu gleicher Zeit seine Anerkennung aus über den guten Besuch. Die Tagesordnung lautete: Punkt 1: Vortrag des Kollegen Lohse über: „Die wirtschaftliche Krise, ihre Ursache und Wirkung für die Möbeltransportarbeiter.“ Punkt 2: Vortrag des Kollegen Lubowitsch über „den neuen Agitationsplan und Klarlegung desselben.“ Darauf erfolgte die Wahl der Distriktsagitations- und Kommissionsmitglieder. Und zwar wurden gewählt: im Distrikt 6 der Kollege Gustav Schewe, im Distrikt 8 der Kollege Otto Paegelow, im Distrikt 9 der Kollege Ernst Neumann. Ferner wurde als Branchenberater der Kollege Hermann Hampel gewählt. Und als Branchenleiter sind vorgeschlagen die Kollegen Paul Lubowitsch, Karl Lohse, Fritz Hirsch.

Eine Diskussion über den 1. Punkt der Tagesordnung wurde weniger gepflegt; dagegen im zweiten Punkt der Tagesordnung erstreckte sich die Diskussion über die gewählten Kollegen. Sodann erfolgte eine längere Aussprache über die nützlichen Arbeitsverhältnisse in den Betrieben. Der Kollege Thomas von der Firma Schur (Zentrale) ist immer noch im unklaren, welcher Gruppe er angehört, ob Kollkutscher oder Möbelkutscher. Nach Auffassung aller Versammelten will der Kollege Thomas seiner Gruppe angehören, um sich bei der bevorstehenden Lohnbewegung zu drücken. Mit der Aufforderung, daß die Versammelten fleißig für den Verband und Schaffung besserer Arbeitsverhältnisse in allen Möbeltransportgeschäften agitieren, wurde die Versammlung geschlossen. Folgende Resolution wurde von den Versammelten angenommen:

„Die heute am 2. August im Gewerkschaftshaus versammelten Möbeltransportarbeiter, Kutscher und Packer bringen den Kollegen Kollkutschern volle Sympathie entgegen und erklären sich mit ihnen solidarisch, wenn es am 1. September zur Arbeitseinstellung kommen sollte. Ebenfalls erklären sich die Möbeltransportarbeiter Kutscher und Packer treu zum Verbands zu halten, und soviel wie möglich, wie es in unserer Kraft steht, dafür zu agitieren, um den Unternehmern zu zeigen, daß wir nicht eher ruhen noch rasten werden, bis wir bessere Arbeitsverhältnisse errungen haben.“

Bernburg. Mitgliederversammlung am 8. August. Die leblich besuchte Versammlung wurde vom Bevollmächtigten Kollegen Kleinert um 9 1/2 Uhr eröffnet. Punkt 1: Kassenbericht vom 2. Quartal. Dieser wurde vom Kollegen Koch gegeben und nach kurzer Debatte angenommen. Punkt 2: Bericht von der Gaukonferenz. Auch dieser wurde vom Kollegen Koch gebracht und nach einer kurzen Diskussion gutgeheißen. Punkt 3: Verschiedenes. Es wurde aus dem Gaubericht herausgehoben, daß uns durch die Streiföndmarken à 25 Pf. ein Schaden entsteht und daß in der nächsten Versammlung beschlossen werden soll, vom 1. Oktober ab die Streiföndmarken zu 30 Pf. zu heben. Nachdem noch auf die am Sonnabend, den 22. August stattfindende Versammlung aufmerksam gemacht wurde, und ein lebhafter Agitation dafür versucht worden war, erfolgte 11 1/2 Uhr Schluß der Versammlung.

Ein Mahnwort an unsere Kollegen! In Bernburg ist es nötig, daß gerade in unserem Beruf mehr Aufklärung geschaffen wird. Gerade unser Beruf ist es, in welchem die denkbar schlechtesten Lohnverhältnisse vorhanden sind, die trotzdem noch fortwährend von den Unternehmern herabgedrückt werden. Auch wissen wir, daß uns durch die überaus lange Arbeitszeit jede Gelegenheit genommen wird, an unserer Weiterbildung zu arbeiten. Es gibt Kollegen, die schon sehr lange Mitglieder sind, aber noch keine Versammlung besucht haben. Tue jeder seine Pflicht und werbe neue Mitglieder. Nur Einigkeit macht stark. Darum Kollegen, auf zur nächsten Versammlung am 22. August in Wolgts Restaurant.

Beuthen (O.S.). In einer am Sonntag, den 2. August stattgefundenen Versammlung sprach der Gauleiter über: „Ist die Gewerkschaftsbewegung ein Kulturfortschritt?“ Der Vorsitzende wies nach Eintritt in die Tagesordnung darauf hin, daß vor zirka drei Jahren zum ersten Male die Agitation unter den Beuthener Kollegen aufgenommen wurde. Damals war die Situation aber eine schwierigere als heute. Vor allen Dingen war noch kein Gewerkschaftshaus vorhanden. Die Gastwirte verweigerten die Lokalitäten; Polizei und Kirche suchten mit fieberhafter Aufmerksamkeit die Aufklärungsarbeit unserer Kollegen zu verhindern. Vergebens. Da direkte Versammlungen nicht möglich waren abzuhalten, wurde auf andere Weise versucht, mit den Kollegen zusammenzukommen. Und es gelang. Eines Sonntags fanden sich die Kollegen in großer Anzahl in einem Gartenlokal ein, wo eine Konzertschule ihre melodischen Weisen ertönen ließ. Hier beim Glase Bier wollten die Kollegen mit dem Gauleiter ihre Ergebnisse und Meinungen austauschen und weitere Schritte beraten. Doch mit des Geschickes Wachen, ist kein ewiger Bund zu flechten, — denn die Polizei wacht!

Die Polizei hatte auf irgend eine Weise erfahren, daß wir gefährlichen Menschen hier eine Versammlung abhalten wollten. Auch der Hinweis unseres Gauleiters, daß es gar nicht möglich ist, bei den Mängeln einer Musikschule zu reden, nützte nichts, wir wurden vertrieben. Und weiter ging es nach einem andern Lokal. Doch kaum hatten wir uns bei einem Glase Bier niedergesetzt, als auch schon die behelmten Staatsretter erschienen und „die Versammlung“ auflösten, und weiter mußten wir unsere Straße ziehen. Es sollen ja einige Kollegen ihren Mann in recht drastischer Weise zum Ausdruck gebracht haben, doch die andern faßten die Sache von der passhaften Seite auf. Da die Polizei einen fortwährenden Eifer zeigte, wollten die Kollegen ihr Gelegenheit geben, diesen zu betätigen; sie gingen nunmehr von Lokal zu Lokal, selbstverständlich die Polizei hinterher, bis sie doch dann sah, daß hier „fauler Zauber“ ist und von selbst weggeliebt. So vor drei Jahren. Heute ist es in dieser Beziehung etwas besser geworden. Ein Lokal ist vorhanden, wo wir zusammenkommen. Ein anderer Umstand ist der, daß seit Mai das neue Reichsvereinsgesetz in Kraft getreten, das trotz seiner großen Mängel doch den Gewerkschaften bedeutende Erleichterungen gebracht hat. Und so ist es uns denn gelungen, dank dieser günstigen Umstände und vor allem dem eifrigen Mitarbeiten einer Anzahl Kollegen, unsere Zahlstelle in die Höhe zu bringen.

Nunmehr ergriff der Gauleiter das Wort. Anschließend an die vorherigen Ausführungen schilderte er in kurzen Worten seine damaligen Ergebnisse und geht dann zu seinem Vortrag über. Unter den heillosigen Verhältnissen, die ja im Transportgewerbe mitunter geradezu standalös sind, hätte die Gewerkschaftsbewegung bedeutend weiter vorgeschritten sein müssen. Gerade hier in Oberschlesien, wo alles so sehr religiös sei, werden die Gesetze und die christliche Lehre fortwährend übertreten. Es heißt in der Bibel: Sechs Tage sollst du arbeiten, den siebenten sollst du ruhen. Welcher Arbeitgeber macht diese Worte zur Wahrheit? Im Gegenteil, es wird noch die Kirchzeit übertreten. Wie oft steht man noch Kutscher um 3 Uhr nachmittags und noch später mit Bier — Selter — oder Expeditionsgütern herumfahren. So wird es 4 bis 5 Uhr, ehe der eigentliche Sonntag beginnt. Nun ist der Kollege müde, womöglich verärgert und statt nach Hause, lenkt er seine Schritte nach irgend einem Lokal, um sich auf diese Weise eine Erholung zu gönnen. Was aus seiner Frau, seinen Kindern wird, danach trägt er nicht. Das Familienleben ist ein zerstörtes. Die Kinder, die den Vater die ganze Woche nicht sehen, sehen ihn Sonntags ebenfalls nur flüchtig. Und so wird die Erziehung vernachlässigt. Wenn dann die Kinder die Schule verlassen, stehen sie unwissend und verlassen da, sind später dem Kampfe ums Dasein nicht gewachsen und fallen demselben zum Opfer. So ist das Elend auf der einen, der Ueberfluß auf der andern Seite. Die Arbeiter, die täglich 12 bis 16 Stunden schinden müssen, erhalten dafür eine erbärmliche Bezahlung, die gerade dazu reicht, das Schlechteste und Billigste zu kaufen, die erbärmlichste Wohnung zu mieten. Alles andere müssen sie entbehren, nur von ferne sehen. Die Arbeitgeber dagegen, die recht wenig arbeiten, verdienen durch die Ausbeutung ihrer Arbeiter Tausende um Tausende, durch die sie in die Lage gesetzt sind, alles das, was Natur und Menschenhände hervorbringen, sich selbst, ihren Frauen und Kindern zugänglich zu machen. Die freien Gewerkschaften sind es, die es sich zur Pflicht gemacht haben, die Arbeiter aufzuklären, sie zu denkenden Menschen zu erziehen. Nicht so soll es sein, daß der Arbeiter mit der Milde unter dem Arm vor seinem Arbeitgeber um ein paar Pfennige Zulage bettelt, sondern daß er als Mensch vor dem Menschen, anständige Bezahlung und Behandlung fordert. Der Arbeiter soll sich frei fühlen, soll wissen, daß im Frühling die ganze Blumen- und Blütenpracht nicht nur der Arbeitgeber wegen da ist, daß die schönsten Früchte, die der Sommer reifen läßt, nicht nur eine bevorzugte Klasse

gentesten soll, sondern daß alle diese Erzeugnisse der Natur für alle Menschen, vom untersten bis zum höchsten, geschaffen worden sind. Es ist ein ungeheures Stück Kulturarbeit, daß die Gewerkschaften in den letzten Jahren geschaffen haben. Hunderttausende von Markt an Lohnerhöhungen und Hunderttausende von Stunden Arbeitszeitverkürzung pro Woche sind den Arbeitgebern abgerungen worden, und haben uns ein gewaltiges Stück dem Ziele, das wir uns gesteckt haben, näher gebracht. Acht Stunden Arbeit, 8 Stunden Ruhe, 8 Stunden Schlaf und 8 Wk. Lohn muß unsere Lösung sein. Wenn wir dieses Ziel vor Augen haben, wenn wir es ehrlich mit uns und unserer Familie meinen, werden wir auch in Dingen vorwärts schreiten, in kurzer Zeit unsere Mitgliederzahl verdoppeln, dann werden auch hier bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse geschaffen werden können. Darum ans Werk Kollegen! Sorgt dafür, daß auch der letzte Kollege dem Verbandszuge führt wird. Mit einem dreifachen Nach auf den Deutschen Transportarbeiterverband wurde die Versammlung geschlossen.

Dresden. Gut besucht war die am Sonnabend, den 1. August tagende Versammlung. Stadtvorordneter Wendt hat in leicht verständlicher Weise die Tagesordnung des letzten Gewerkschaftstages. Daß der Vortragende von jedem der Anwesenden verstanden worden, bewies der Beifall und der von mehreren Seiten lebhaft unterstützte Wunsch, dem Wendt in einer zweiten Versammlung Gelegenheit zu geben, über die Punkte Malteier und Grenzstreitigkeiten noch zu sprechen. Das Bureau sagte dies zu und forderte zu zahlreichem Erscheinen auf. Kollege Richter gibt bekannt, daß die Kollegen bei Steingrüber und Seebe Lohnerhöhungen von pro Woche 2 Wk., die Bezahlung der Überstunden, Bezahlung des Sonntags-Stalldienstes und drei Tage Urlaub erreicht hätten. Von mehreren Seiten wurden die Entlassungen in den St.-St.-Werken kritisiert, und die Verwaltung aufgefordert, die notwendigen Schritte zu unternehmen, damit derartige neue Geschäfte nicht von vornherein Maximen einführen könnten, die zum Schaden unserer Kollegen sind. Kollege Richter erklärt, noch nichts näheres berichten zu können, da die Herren Geschäftsleiter auf Ehrenwort versicherten, der Verbandsleitung sofort nach der Rückkehr des Herrn Direktors bestmögliche Nachricht zu geben. (Beim Schreiben dieses Berichts hatten die Herren ihr Ehrenwort noch nicht eingelöst.) Mehrere Redner erfordern noch die Anwesenden, die Verbandsmitglieder nicht zu unterlassen, damit das bis jetzt Erreichte nicht wieder verloren gehe. Kollege Schiller ermahnt die Zeitungen vom Schlage der „Neuesten Nachrichten“ aus dem Hause zu schaffen und sich durch die Dresdener „Volkzeitung“ über alle im wirtschaftlichen Leben abspielenden Vorgänge zu unterrichten.

Frankfurt a. M. Am 3. August fand im Gewerkschaftshaus unsere hier bestmögliche Generalversammlung statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken des verstorbenen Kollegen Josef Kauf in der üblichen Weise geehrt. Hierauf wurde der Bericht des Vorstandes erstattet. Im 2. Quartal wurden 29 öffentliche und 2 Mitgliederversammlungen, sowie 76 Besprechungen und Sitzungen abgehalten. Ferner wurden 4 Lohnforderungen und zwar 2 mit und 2 ohne Streik geführt. Die Lohnbewegungen ohne Streik liefen auf die Firmen Milchkur-Anstalt N. Schloß und Eisfabrik N. Motzsch. An diesen beiden Bewegungen waren Kollegen beteiligt. Beide Firmen gingen mit uns ein Tarifverhältnis ein. Es wurden für die Beteiligten bedeutende Verbesserungen geschaffen. Bei der Firma S. Kölsch, Nachf. kam es zu einem halbtagigen Streik. Auch hier wurde ein für die 18 dortselbst beschäftigten Kollegen günstiger Tarif geschaffen. Anders verhielt sich die Firma Fr. Brücher, Papierfabrik. Die Kollegen verlangten eine Lohnerhöhung von 2,00 Wk. Infolge dessen wurden die zum Teil viele Jahre im Geschäft tätig waren, entgegen zu kommen, holte man sich aus der Herberge zur Heimat Streikbrecher. Auf die Qualität dieser Arbeiter konnte die Firma wenig stolz sein. Der eine „Ehrenmann“ namens Meißle nahm bei der Firma die Arbeit auf, trotz aller Hinweise unsererseits, daß dies keine schöne Handlung sei, auf solche Art sich selbst und die übrigen Kollegen zu schädigen. Meißle blieb Streikbrecher, trotzdem er von uns Unterstützung in hohem Maße zu geschäftig bekam. Noch mehr, er ging zur Postzeit und zeigte unsern Geschäftsführer noch an wegen Beschäftigung und Bezahlung. So sorgte er dafür, daß die Lohnbewegung bei Brücher resultatlos verlief. Man muß sich die Frage vorlegen, wie kann ein Arbeiter so gegen seine eigenen Interessen handeln? Die Kollegen bei Brücher traten in den Streik, um einige Pfennige mehr Lohn zu verdienen, damit die Frau sich mehr der Pflege und Erziehung der Kinder widmen kann. Was Meißle nun durch die traurigen Fälle in seiner Familie, zwei Kinder stürzten kurz nacheinander infolge mangelnder Aufsicht aus dem Fenster, einsehen lernen, daß die Arbeiterchaft gemeinsame Interessen hat und daß man seinen Kollegen, die eine Verbesserung ihrer Lage erstreben, nicht in den Rücken fallen darf.

Die fünf streikenden Kollegen befinden sich wieder in anderen Stellungen und dürfte die Firma Brücher eingesehen haben, daß sie selbst bei der Bewegung den Nutzen gezogen hat. Dem Kassenbericht vom 2. Quartal ist zu entnehmen, daß auch trotz der schlechten Konjunktur ein Fortschritt zu verzeichnen ist. Der Markterwerb stieg gegenüber dem 1. Quartal um 200. Die Gesamteinnahmen betragen 5000,04 Wk. Die Unterstützungseinnahmen des Verbandes wurden im 2. Quartal sehr stark in Anspruch genommen. An Arbeitslosenunterstützung kamen 600,30 Wk. zur Auszahlung, an Krankenunterstützung 492,00 Wk. Für Streik- und Gemapregelunterstützung wurden 314,90 Wk. aus-

gegeben. Beerdigungsbeiträge wurde in einem Fall 40,00 Wk. gezahlt. Für Rechtschutz betragen die Ausgaben 72,80 Wk. An ausgeübte Kollegen kamen 30,50 Wk. zur Auszahlung. Hierzu kommen noch 57,00 Wk. für Reise- und Extramutualität, so daß die Gesamtsumme 1607,50 Wk. beträgt. Die Mitgliederzahl beträgt 1610, darunter 116 weibliche. Der Bericht über den Arbeitsnachweis lautete den Verhältnissen entsprechend ungünstiger als im vorigen Quartal. In der Diskussion wurden verschiedene Anregungen gegeben, die eine Hebung der Arbeitsnachweises erwarten lassen. Auch wird die Ortsverwaltung Mittel und Wege finden, eine bessere Ausgestaltung desselben herbeizuführen. Die geschäftliche Tätigkeit war äußerst reger, so daß wiederholt Kollegen zu Hilfsarbeiten herangezogen werden mußten. Auf die geplante Errichtung einer Fahr- und Fachschule wurde noch hingewiesen und betont, daß die Organisation mit allen Mitteln bestrebt sein wird, diese Einrichtung zu fördern.

Bei der vorgenommenen Erziehung für das Gewerkschaftsstatut wurden die Kollegen Kiedle, Plegler und Frau Schulze als Delegierte bestimmt.

Frankfurt a. O. Unsere außerordentliche Generalversammlung fand am 3. August statt. Die Tagesordnung lautete: 1. Vortrag des Gauleiters über „Die Krise und die große Arbeitslosigkeit und wie stellen sich die Arbeiter dazu?“ 2. Abrechnung vom Sommervergütungen. 3. Verschiedenes. Nach Verlesen des Protokolls erhielt ein zur Vertretung des Gauleiters ernannter Berliner Kollege das Wort. Derselbe schilderte in leicht faßlicher Weise die Entstehung der gegenwärtigen Krise und deren Wirkung auf die arbeitende Bevölkerung. Die augenblicklich herrschende Arbeitslosigkeit machte sich auch für unsere Kollegen recht fühlbar. Deshalb müsse jeder Kollege Mitglied der Organisation werden, damit in Zeiten guten Geschäftsganges, Vorkehrungen getroffen werden, nicht nur das während der Krise verloren gegangene wiederzuholen, sondern um die Lohn- und Arbeitsverhältnisse so auszugestalten, daß sie ein menschenwürdiges Dasein ermöglichen. Nachdem noch einige Diskussionsredner im Sinne des Referenten gesprochen, erfolgte Schluß der äußerst interessanten Versammlung.

Gleitwitz. Nachdem vor kurzem die Mitgliederversammlung ein vorzeitiges Ende durch das unkollegiale Verhalten einiger Mitglieder gefunden, war für Donnerstag, den 6. d. Mts. eine neue Versammlung arrangiert mit folgender Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 2. Quartal und Bericht der Verwaltung. 2. Neuwahl der Ortsverwaltung. 3. Vortrag des Kollegen Trappe über Rechte und Pflichten der Mitglieder. 4. Freie Aussprache über diverse Verbandsangelegenheiten. Kollege Trappe erstattet den Verwaltungs- und Kassenbericht. Danach war Bestand vom 1. Quartal 65,91 Wk.; 339 Wochenbeiträge à 35 Pf. = 118,65 Wk., und 333 Zuschlagsbeiträge à 5 Pf. = 16,65 Wk., 2 Streifondsbeiträge à 30 Pf. = 60 Pf.; also Einnahme in Summa 207,81 Wk. Hieron ab die Ausgaben der Driftasse: Entschädigung 2,50 Wk., Druckfachen 1,70 Wk., Porto 2,40 Wk., Kartellbeiträge 5 Wk., Lokalfonds 7,50 Wk., an die Hauptkasse gelandt 99,44 Wk.; Kassenbestand 89,27 Wk., zusammen 207,81 Wk. Ausgaben der Hauptkasse: 15,75 Wk. für Arbeitslosenunterstützung und 10,50 Wk. Krankenunterstützung. — Versammlungen und Besprechungen fanden 7 statt. Der Mitgliederbestand beträgt 41, inkl. einiger Fabzler Kollegen. — Vom 1. August d. J. ab wird den Kollegen von der ersten Woche ab Unterstützung gezahlt und zwar in Form einer Extramutualität aus unserer Lokalkasse.

Beim 2. Punkt: Neuwahlen der Ortsverwaltung wurden gewählt: zum 1. Vorsitzenden Kollege Stefanzi, zum Kassierer Kollege Trappe, Schriftführer Kollege Silbermann. Revisoren sind die Kollegen Henrich und Langner. Für das Gewerkschaftsstatut werden die drei Kollegen Stefanzi, Hante und Silbermann delegiert. Im Punkt 3 der Tagesordnung gibt Kollege Trappe einen Überblick über die Rechte und Pflichten der Kollegen und wäre es wirklich zu wünschen gewesen, daß recht viele Kollegen sich dies angehört hätten, um sich ein klares Bild sowohl über die hohe Bedeutung der Organisation und die einzelnen Unterstützungszweige derselben, wie auch andererseits über ihre Pflicht, regelmäßiger denn je ihre Beiträge zu leisten, zu verschaffen. Leider waren es nur verhältnismäßig wenig Kollegen, die der ganzen wichtigen Tagesordnung das nötige Interesse gezeigt und erschienen waren. So müssen sich eben die ferngebliebenen Kollegen dann auch unter Umständen entscheiden, wenn in der Versammlung Beschlüsse gefaßt werden, die manchem Kollegen nicht recht sind. Die neue Ortsverwaltung wird bemüht sein, in regelmäßigen Zusammenkünften und Vorträgen das Interesse der Kollegen zu erhöhen, und wenn jeder einzelne nur den guten Willen zur Mithilfe zeigt, wird es auch in Gleitwitz bald besser werden.

Jena. Am 8. August hielt die Zahlstelle eine außerordentliche Generalversammlung ab. Das Thema lautete: „Das Vorgehen des Gewerkschaftsstatuts gegen unsere Organisation und unsere Stellungnahme dazu.“ Kollege Uhlig eröffnete 9 1/2 Uhr die Versammlung und erklärt, daß der Kartellvorstand eingeladen und auch durch drei Mitglieder vertreten ist. Kollege Eckardt führt noch einmal die ganze Angelegenheit den Kollegen vor Augen und erklärt zum Schluß seiner Ausführungen, daß es eine Mächtigkeits des Kartellvorstandes sei, eine Gewerkschaft über deren Funktionäre in so einen Schmutz hineinzuziehen, ohne jede Veranlassung dazu zu haben. Gauleiter Knöberer weist ebenfalls dem Kartellvorstand, daß er sehr inkonsequent gehandelt habe mit allem, was Kollege Eckardt vorgetragen hat. Nunmehr versuchte der Kartellvorstand, seine Hände in Unschuld zu waschen, aber mit negativem Erfolge. Gauleiter Knöberer for-

derie den Kartellvorstand auf, zu erklären, daß es nicht seine Absicht gewesen sei, die Organisation oder die Funktionäre derselben zu beleidigen oder in ihren Rechten zu schädigen. Nachdem noch einige Kollegen und auch der Kartellvorstand gesprochen hatten, erklärte der Kartellvorstand die vom Gauleiter verlangte Genehmigung. Damit gaben sich unsere Mitglieder und Gauleiter zufrieden und die sehr gut besuchte Versammlung wurde geschlossen in der Hoffnung, daß in Zukunft solche Verhältnisse fernbleiben mögen, andererseits wir dann andere Mittel ergreifen müßten, um zu unserem Rechte zu gelangen. Kollege Uhlig gab noch bekannt, daß die nächste Versammlung ausfällt.

Königsbütte. Bei Gründung unserer Zahlstelle hatte es den Anschein, als wenn sich dieselbe recht gut entwickeln würde. Das war leider nicht der Fall. Durch verschiedene Vorkommnisse und Zwistigkeiten wurde die Entwicklung gehemmt. Aber dessen ungeachtet werden wir vorwärts schreiten trotz aller Engherzigkeiten. Erfreulich war es, daß die Versammlung am Montag, den 3. August, in welcher der Gauleiter sprach, recht gut besucht war. Es gab allerdings zuerst ein kleines Intermezzo: Unter den Anwesenden fiel eine Person auf, welche für einen Kriminalbeamten gehalten wurde. So war es auch, kurz vor Eröffnung der Versammlung stellte er sich dem Einberufer als Beauftragter der Polizei vor, mit dem Hinweis, daß er die Versammlung überwachen soll. Nachdem ihm von unserer Seite gesagt wurde, daß es hier nichts zu überwachen gibt, weil dies nur eine gewerkschaftliche Versammlung sei, erklärte der Beamte rüch und nett: „Dann löse ich die Versammlung auf!“ Unter allgemeinem Gelächter erklärte Kollege Zimmer nunmehr dem Beamten, daß die Versammlung ja noch gar nicht begonnen, mithin auch gar nicht aufgelöst werden kann. Aber um uns die Versammlung nicht stören zu lassen, ließen wir den Beamten ins Lokal; jedoch ist gegen dieses ungewöhnliche Vorgehen sofort Beschwerde erhoben worden.

Nunmehr erhielt der Gauleiter das Wort zu seinem Vortrag: „Ist die Gewerkschaftsbewegung ein Kulturfortschritt?“ Redner schildert die oberflächlichen Arbeitsverhältnisse, die in den Worten zusammenzufassen sind: Lange Arbeitszeit — wenig Lohn — schlechte Behandlung. Und gerade unsere Königsbütten Kollegen können davon ein Lied singen. Aber sie wehren sich nicht. Sie halten die Hand in der Tasche und gehen, um ihren Mergel zu vergessen, in ihr Stammlokal und laufen sich einen. In Oberschlesien werden ungeheure Schätze geradezu aus der Erde gestampft, und hier in Königsbütte haben wir eine der größten Eisenhütten, welche ihren Aktionären Millionen und aber Millionen in den Schoß wirft, welche diese mühelos einsprechen. Auf der einen Seite Ueberfluß — alles in Hülle und Fülle auf der andern Seite Not — Entbehrungen und Sorgen. Der Arbeiter, der zum Altar tritt, schwört dort, der alleinige Ernährer der Familie sein zu wollen, und wird mittlerweile schon nach einigen Stunden, Tagen oder Wochen zu einem Meibeidigen. Weil ja alles so furchtbar teuer ist, — enorme Lebensmittelpreise, hohe Steuern, teure Mieten, können die paar Mark des Mannes nicht zulangen und muß die Frau mitarbeiten, mitverdienen. Man ist in Königsbütte sehr religiös; die Arbeiter werden geradezu zur Frömmigkeit und Demut erzogen. Alles Heuchelei. Warum sorgen denn diese frommen Christen nicht dafür, daß die christliche Lehre nicht übertreten wird? Du sollst den Feiertag heiligen; sechs Tage sollst du arbeiten, den siebenten sollst du ruhen. Hier gibt die christliche Lehre nichts; hier kümmern sich die Arbeitgeber um keine Religion, lassen den Arbeiter, den Arbeiter während der Arbeitszeit arbeiten, kümmern sich um keine Gesetze, mitleiden den Arbeiter Sonntags ebenso gut aus wie Wochentags. — Redner schildert sodann die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung; welche ungeheuren Vorteile — Lohnaufbesserungen und Arbeitszeitverkürzung — für die Arbeiter errungen worden sind. Es ist eine gewaltige Kulturarbeit, welche die Gewerkschaften in den letzten Jahren geleistet haben. Nun heißt es aber auf dieser Bahn weiter wandeln; noch ein großes Feld gibt es zu beackern, dazu gehört vor allem Dingen Oberschlesien. Deshalb gelte es, die Kollegen aufzuklären, ihnen zu zeigen, daß sie Menschen sind und nicht Arbeitstiere. Würden die Kollegen sich erst dieser Würde bewußt sein, würden sie ihre Macht kennen, so müßte es eine Kleinigkeit sein, mit den hiesigen miserablen Verhältnissen aufzukommen. Von selbst wird es nicht besser; der Arbeitgeber legt freiwillig nicht zu. Die Arbeiter müssen sich zusammenschließen, zeigen, daß sie den Willen haben, bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erkämpfen, dann wird der Tag nicht zu fern sein, wo auch in Königsbütte die Arbeitsverhältnisse eine Umgestaltung erfahren müssen.

In der Diskussion führte Kollege Trappe aus, daß die Gewerkschaften im Jahre 1907 im ganzen für 248 911 Personen 912 660 Stunden Arbeitszeitverkürzung, für 513 213 Personen 992 695 Wk. Lohnerhöhung pro Woche erkämpft haben. Im Handels- und Transportgewerbe wurde für 10 173 Personen die Arbeitszeit um durchschnittlich 5 1/2 Stunden pro Woche verkürzt und der Lohn für 36 055 Personen durchschnittlich um 2,55 Wk. wöchentlich erhöht. Das sind große Vorteile, die nur durch Einigkeit errungen worden sind. Die Königsbütten Kollegen sollten sich Heran an Beispiel nehmen.

Leipzig. Für die Mitgliedschaft unserer Verwaltungsstelle wurde am 31. Juli im Volkshaus die Quartals-Generalversammlung abgehalten. Der Geschäftsbericht, den Kollege Sängeraud erstattete, zeugte wieder von einer regen agitatorischen Tätigkeit. Es fanden statt 27 öffentliche und 3 Mitgliederversammlungen sowie 242 Betriebsbesprechungen und Sitzungen. An Bewegungen sind zu verzeichnen: 9 Angewandte Bewegungen mit 933 Beteiligten, 2 Angewandte mit 31 und 1 Abwehrstreik mit 13 Beteiligten. Sämtliche

Verweigungen wurden mit Erfolg geübt. Maßregeln fanden statt wegen Zugehörigkeit zur Organisation und wegen der Agitation im Betriebe der Brauerei Martrankadi. Ferner gab er noch die Namen der verstorbenen Kollegen bekannt und wurden diese in der folgenden Weise geehrt. Dem Massenbericht gab Kollege Schmidt. Einer Einnahme von 46.826,69 Mk. steht eine Ausgabe von 21.458,88 Mk. gegenüber, verbleibt ein Massenbestand von 25.367,81 Mk. Die Zahl der Mitglieder betrug 1.576, im vorigen Quartal 1964. Kollege Mühlert berichtete über die Bureautätigkeit. Der Arbeitsnachweis wurde wieder in Anspruch genommen, gemeldet wurden für fest 51 Stellen, für Anstalt 79, besetzt wurden von den ersteren 45 mit einem Durchschnittslohn von 24,03 Mk. bei zehnstündiger Arbeitszeit, von den letzteren 78. Arbeitslos waren 380 Kollegen, die zusammen 7736 Tage unrentiert waren; bei einem Durchschnittslohn von 4 Mk. pro Tag beträgt der Vorrat 30.944 Mk. Unterstützungsberechtigt waren 155 Kollegen, die 1997,65 Mk. Arbeitslosenunterstützung bezogen. An Krankenunterstützung wurde gewährt an 201 Kollegen für 3800 Tage 2279,10 Mk. Die Unterstützung für Streiks und für gemahregelte Kollegen betrug 1331,30 Mk., für Arbeitslos 194,60 Mk., an Verdiensthilfe 350 Mk., Reiseunterstützung 36,25 Mk., mithin wurden 6506,95 Mk. für Unterstützungszwecke gebraucht. — An schriftlichen Eingängen im Bureau sind zu verzeichnen 372, an Ausgängen 1520. Kollege Moschner schilderte in seinem Bezirksbericht die Entwicklung der einzelnen Bezirke. Ein vom Kollegen Pafsch gestellter Dechargeantrag wurde einstimmig angenommen. Die rege geführte Debatte bewegte sich im Sinne der gegebenen Berichte. Das Mitglied Naumann, Abzieher in der Brauerei N. A. Ulrich, soll dem Zentralvorstand zum Ausschuss empfohlen werden. Wegen vorgerückter Zeit wurde der Bericht vom Gewerkschaftslogengröß bis zur nächsten Versammlung zurückgestellt.

Mannheim. Am 4. August hielt die Verwaltungsstelle ihre Generalversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken von 3 im Laufe des 2. Quartals verstorbenen Kollegen. Hierauf erstattete der Geschäftsführer den Geschäfts- und Massenbericht, woraus folgendes zu entnehmen ist.

Das Jahr 1908 hat in der ersten Hälfte für die Arbeiterbewegung in Mannheim schwere Wunden geschlagen. Die Arbeiterschaft war für die Kräfteproben mit einem fokalierten Unternehmertum noch nicht reif, sie hat ihre Lehren aus den 2. Quartal geführten Kämpfen gezogen. Wenn auch unsere Organisation auf Grund der gegenwärtigen Situation es vorgezogen hat, Tarife nicht zu kündigen, so wurden doch ein Teil unserer Mitglieder bei Kämpfen anderer Organisationen in reichlichem Maße herangezogen. So bei dem erbitterten Kampfe in den Hohlwerken, welcher nach 8 wöchentlicher Dauer zu Gunsten der Beteiligten beendet wurde. Dann der Streit bei der Syndikatsfreien Kohlenvereinigung, über welchen wir schon reichlich berichtet haben. Ebenso der Abwehrstreik bei Broton u. Döberl, welcher 7 Wochen dauerte. Ferner der Streit der Glasreiniger, welcher 8 Tage dauerte und wenn auch nicht nach unserem Wunsche, so doch mit einer Lohnzulage von 3 Pf. pro Stunde für ältere Arbeiter endete.

Bei der antil. Expresstaktbestätigung ist eine Verkürzung der Arbeitszeit erreicht worden, der Unternehmer, sowie auch die Bahnverwaltung erkannte die Notwendigkeit der Arbeitszeitverkürzung an. Leider konnten wir von einem Erfolg bis zum Schlusse des Quartals nicht berichten, da Verhandlungen mit dem Unternehmer und der Bahnverwaltung unsere Forderungen bis zum heutigen Tage hinausgezogen haben. Ab ersten August soll eine Verkürzung der Arbeitszeit eintreten, inwieweit dieselbe vorgenommen wurde, werden wir erst nach Verlauf einiger Tage feststellen können.

Alle Tarife, welche bis jetzt hätten gekündigt werden können, haben wir nicht gekündigt, weil wir es vorgezogen haben, die Unternehmer kündigt zu lassen. Letztere haben es aber ebenfalls vorgezogen, die Tarife weiter laufen zu lassen. Selbst die Firma Reichert, die schon so oft gedroht hat zu kündigen, hat es nicht getan.

Wenn auch in diesem Jahre ein Waffenstillstand besteht, so wird im nächsten Jahre der Kampf um so schärfer sich entfalten, denn alle die Tarife, welche in diesem Jahre nicht gekündigt wurden, laufen im nächsten Jahre endgültig ab, so, daß dann von einem Verzicht keine Rede mehr sein kann. Wir haben daher allen Grund unsere Reihen zu stärken und dieselben zu Kämpfern zu erziehen. Leider haben wir in diesem Quartale einen kleinen Rückschlag aufzuweisen. Eines jeden Kollegen Aufgabe muß es sein, dies wieder einzuholen, was wir zurückgegangen sind. Erfolgreicherweise ist Ludwigshafen in diesem Quartale um 200 Wochenbeiträge gestiegen, was trotzdem einen Ludwigshafener Kollegen nicht abhielt, darüber sich zu beklagen, daß in Ludwigshafen keine Agitation betrieben würde. Bei der Verschmelzung mit Mannheim im Juli 1906, hat Ludwigshafen im 2. Quartale 960 Beiträge, im 2. Quartal 1908 2100 verkauft. Sehr viele Kollegen glauben, wenn sie am Quartalschlusse über die Verwaltung herfallen und sich beschweren, daß zu wenig gearbeitet wurde, dann ihre Schuldigkeit für ein Vierteljahr getan zu haben, statt daß sie sich selbst an der Arbeit und Agitation beteiligen. Es wurden 140 Aufnahmen gemacht und zwar von 29 Kollegen und Kolleginnen. Wenn in Zukunft sich es jeder Kollege zur Aufgabe macht, im Quartal mindestens eine Aufnahme zu machen, dann werden wir am Schlusse des 3. Quartals mindestens 2000 Mitglieder zählen. Leider kommt es oft vor, daß die Mitglieder einander selbst die Arbeit verweigern, was

oft zur Folge hat, daß einer oder der Andere der Organisation den Rücken kehrt. Auch besteht bei einer großen Anzahl von Kollegen eine Furcht vor dem Unternehmertum, die in keiner Art und Weise zu rechtfertigen ist. Der Tätigkeitsbericht weist folgendes auf: Es haben stattgefunden Monatsversammlungen 6, Zellsionsversammlungen 23, Betriebsbesprechungen 29, Vorstandssitzungen 10, 2 Zellsions- und 8 Betriebsversammlungen konnten wegen schlechtem Besuch nicht abgehalten werden. Zu letzteren zählten hauptsächlich die Handelshilfsarbeiter, bei welchen sich in verschiedenen Bezirken und dies hauptsächlich bei den Zuck- und Papierarbeitern, eine ziemlich große Interessentlosigkeit breit gemacht hat.

Der Briefverkehr gestaltete sich folgendermaßen: Ausgänge 267 Briefe und Karten, sowie 73 Drucksachen, 3 Pakete und 2 Depeschen. Eingänge 110 Briefe und Karten, 23 Drucksachen, 111 Pakete und 2 Depeschen.

Am Punkt 2 der Tagesordnung wurde einstimmig beschlossen, die Streikmarken abzugeben und dafür den 50 Pf. resp. 25 Pf. Beitrag einzuführen. Die Begründung dieses Vorgehens ist darin zu suchen, weil ein großer Teil der Mitglieder sich um das Ableben der Streikmarken drückt, so daß die Kassa immer einen ziemlich großen Prozentsatz der Streikbeiträge an die Hauptkassa abzuführen gezwungen war.

Bad Nauheim. Am 4. August fand in unserer neuen Verwaltungsstelle, die zweite ebenfalls sehr gut besuchte Versammlung statt. Ein Kollege aus Frankfurt referierte über die gegenwärtige Wirtschaftslage und beleuchtete die Notwendigkeit und die Vorteile der gewerkschaftlichen Organisation. Die Anwesenden schenken den Ausführungen große Aufmerksamkeit und am Schlusse reichen Beifall. Wieder ließen sich eine ganze Reihe Kollegen aufnehmen, sodas der Verwaltungsstelle zur Zeit 28 Mitglieder angehören. Die Kollegen in Nauheim haben sich nunmehr das feste Ziel gesetzt, nicht wie bisher in Sondervereinen ihre Kräfte zu zersplittern, sondern in einer großen Organisation eine Verbesserung der Verhältnisse zu erstreben.

Bei der vorgenommenen Wahl zur Ortsverwaltung wurde als 1. Vorsitzender Franz Hebe gewählt. Die Wahl des Kassierers fiel auf den Kollegen Wilhelm Simbuck und die des Schriftführers auf den Kollegen Bernhard Schumeyer. Mit der Aufforderung, für die Ausbreitung des Verbandes tatkräftig mitzuarbeiten, wurde die Versammlung geschlossen.

Oldenburg. Am 2. August fand unsere Generalversammlung statt; dieselbe war mäßig besucht. Nachdem das Protokoll verlesen, erstattete Kollege Bester den Massenbericht für das 2. Quartal. Dieser zeigte folgendes Resultat:

Einnahme:	
Bestand vom vorigen Quartal	209,79 Mk.
Aufnahmen à 1 Mk., 25 Stück	25,00 "
Aufnahmen à 50 Pf., 1 Stück	0,50 "
Wochenbeiträge à 35 Pf., 1735 Stück	607,25 "
Wochenbeiträge à 20 Pf., 110 Stück	22,00 "
Derliche Zuschußbeiträge à 5 Pf., 1845 St.	92,25 "
Festüberträge	1,00 "
Gesamt: 957,79 Mk.	
Ausgabe:	
Derliche Gemahregelt.-Unterst. in 2 Fällen	3,00 Mk.
Derliche Reiseunterst. in 1 Falle	10,00 "
Derliche Reiseunterstützung in 6 Fällen	8,00 "
Verwaltungsausgaben:	
Persönliche (Gehälter, Procente) zc.	125,75 "
Für Versammlungen, Almonzen, Referate, Drucksachen	8,60 "
Kartellbeiträge	22,50 "
Porto, Telegramme usw.	10,45 "
Sonstige Ausgaben	12,00 "
An die Hauptkassa	531,25 "
Stassenbestand	226,24 "
Gesamt: 957,79 Mk.	

Oldenburg, den 26. Juli.

Der Bevollmächtigte: J. Bester,
Der Kassierer: A. Nienaber.

Die Revisoren:

G. Raper. J. Schwarzing. A. Wiedemann.

An die Hauptkassa gesandt in bar	339,25 Mk.
Für Arbeitslosenunterstützung	84,00 "
" Krankenunterstützung	63,00 "
" Gemahregeltunterstützung	45,00 "
Zusammen 531,25 Mk.	

Am Schlusse des Quartals waren 179 erwachsene und 6 jugendliche Mitglieder vorhanden.

Nachdem wurde das Protokoll der Revision verlesen und die Versammlung gab ihre Zustimmung dazu. Dann wurde der Geschäftsbericht vom 2. Quartal gegeben und ohne Diskussion antworteten. Der 2. Punkt der Tagesordnung: Die Massenentlassungen auf der Glashütte, entfachte eine rege Diskussion und wurde beschlossen, in nächster Zeit eine Betriebsbesprechung abzuhalten. Dann wurde noch die Eingabe an den Stadt-Magistrat verlesen betreffs der Nummernschilder an den Häusern. Ferner machte Kollege Bester die Kollegen auf das Jahrbuch 1907, herausgegeben vom Vorstand, aufmerksam. Nachdem trat Schlus der Versammlung ein.

Literarisches.

Von der illustrierten Romanbibliothek „Zu Freien Stunden“ ist soeben der erste Band des Jahrgangs 1908 gebunden erschienen. Aus dem reichhaltigen Inhalt erwähnen wir besonders: Das Eingang, Roman

von Leo Glabel, Sigrid, das Fischermädchen, Erzählung von Theodor Mügge, Der schwarze Hans, Erzählung von Melchior Meyr, Steuermann Holzworth, Secretan von Carl Kuffel, und Vater und Sohn von J. N. Rotapinto. Außerdem enthält das von Künstlerhand illustrierte Werk zahlreiche Novellen, Skizzen und Humoresken.

Die Bände werden in Arbeiter-Bibliotheken sehr gern gelesen und sollten diese nicht versäumen, den vorliegenden Band anzuschaffen. Auch von früheren Jahrgängen sind noch einige Bände vorhanden, worüber das Schriftenverzeichnis der Buchhandlung Vorwärts Auskunft gibt.

Der Preis ist: in Leinen gebunden 3,50 Mk. in Halbpanz 4,— Mk. Alle Parteibuchhandlungen und Stolportreure liefern das Werk.

Am Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, erschien soeben: Friedrich Engels, sein Leben, sein Wirken, seine Schriften von Karl Kautsky. Den wesentlichen Teil dieser Schrift hat Kautsky bereits 1887 niedergeschrieben, als Engels starb. Zur Wiederkehr des Todestages Friedrich Engels am 5. August hat der Verfasser eine neue Auflage besorgt. Kautsky schildert den Verstorbenen als Mensch, als Theoretiker und als praktischen Parteimann. Engels und Marx standen an der Spitze der modernen sozialistischen Arbeiterbewegung und deshalb ist auch, was Kautsky in dieser Schrift sagt, eine lebhaft Anregung für das Studium des Sozialismus; namentlich den jüngeren Genossen sei sie zum Studium empfohlen.

Die Schrift enthält ein Porträt des verstorbenen Vorkämpfers. Preis 1,— Mk., Volksausgabe 40 Pf. Zu beziehen durch alle Parteibuchhandlungen und Stolportreure.

Von der Kommunalen Praxis — Verlag Buchhandlung Vorwärts — sind die Hefte 30 und 32 erschienen. Jede Woche erscheint ein Heft. Abonnementspreis pro Quartal 3,— Mk.

Mitteilungen des Vorstandes.

Dem Kollegen Gustav Alsal aus Lodtau, dessen Ausweisort uns zurzeit unbekannt ist, wird hierdurch mitgeteilt, daß seine Legitimationspapiere in Frankfurt a. M. gefunden und an unser dortiges Bureau abgegeben worden sind. Wir bitten, falls sich der Kollege Alsal irgendwo meldet, denselben darauf aufmerksam zu machen.

Verloren gegangen sind die Mitgliedsbücher der Kollegen: Otto Dreke, Spt.-Nr. 63 425, Berlin I, Gustav Arlt, Spt.-Nr. 150 006, eingetreten 1. 1. 1905 in Dresden, Herm. Robert Hanke, Spt.-Nr. 151 936, eingetreten 25. 5. 1908 in Dresden, G. Greiling, Spt.-Nr. 289 133, eingetreten 15. Oktober 1906.

Falls diese Bücher vorgezeigt werden, sind dieselben abzunehmen und an die Adresse des Unterzeichneten zu senden.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

J. A.: Oswald Schumann, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21, Hof 1 Tr.

W. Alle den Verband und die Agitation betreffenden Schriftstücke sind an obige Adresse zu richten. Alle Gelber sind an den Hauptkassierer, Kollegen Carl Pafler, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21, Hof 1 Tr., einzusenden.

An die Ortsverwaltungen im Gau 2.

Werte Kollegen!

Auf Antrag des Gauvorstandes berufen wir hiermit eine

Konferenz

von Vertretern der Verwaltungsstellen im Gau 2 zu Sonntag, den 27. September 08, vormittags 9 Uhr, nach Breslau im „Gewerkschaftshaus“, Margarethenstraße 17, 1 Exp., ein.

Als Tages-Ordnung schlagen wir vor:

1. Bericht des Vorstandes.
2. Wie ist zu agitieren und wie sind die Verwaltungsgeschäfte zu führen.
3. Die Entwicklung der Arbeitgeberorganisationen des Bezuges und ihr Einfluß auf unsere fernere Taktik.
4. Anträge.
5. Verschiedenes.

Wir ersuchen Euch, die Wahlen der Delegierten rechtzeitig vorzunehmen.

Verwaltungsstellen:
bis zu 200 Mitglieder wählen je 1 Delegierten
über 200 " " 500 " " " 2 " "
" 500 " " " " " 3 " "

Die Delegierten haben Anspruch auf die auf der Generalversammlung zu Hamburg 1908 festgesetzten Väten und Fahrgeelder, und sind die Ausgaben hierfür aus Mitteln der Ortsklassen zu bestreiten.

Die Namen und Adressen der Gewählten, sowie Anträge zu dieser Konferenz sind bis spätestens den 20. September er. an den Vorstand des Gau 2 zu Händen des Kollegen Hermann Zimmer, Breslau, Nikolaistr. 37, 1 Exp., zu senden.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

J. A.: Oswald Schumann.

Verantwortl. Redakteur: Emil Kiebel, Dichtenberg. Verlag der Buchhdlg. „Courier“, O. Schumann-Berlin. Druck: Maurer u. Dimmig, Berlin, Adalbertstr. 37.

Mitglieder aus allen 4 Berliner Verwaltungsstellen und Charlottenburg.

Bekanntmachung.

Wir veröffentlichen hiermit nochmals nachstehende Bekanntmachung und ersuchen die Sektionsleiter, soweit Vertreter in die Distrikts-Agitationskommissionen noch nicht gewählt sind, umgehend das Versäumte nachzuholen.

Achtung!

Kollegen, Sektions- resp. Branchenleiter von allen den Berliner Verwaltungsstellen angehörenden Branchen.

Die erweiterte Bezirksleitung hat in ihrer am 18. Juli stattgehabten Sitzung zu der Bildung der einzelnen Distrikts-Agitationskommissionen Stellung genommen und dann beschließen, die Zusammenfassung derselben in folgender Weise zu empfehlen.

Distrikt 1. Süd-Ost, Süden, Süd-West

1 Geschäftskutscher, 1 Hausdiener aus der Holzindustrie, 1 Kohlenarbeiter, 1 Kollkutscher, 1 Lagerarbeiter aus der Metallindustrie, 1 Hausdiener für die Glas- u. Galanteriewarenbranche, 1 Kellerarbeiter, 1 Fensterputzer.
Als Obmann wurde der Kollege **Albert Frende** ernannt.

Distrikt 2. Niddorf, Britz und Treprow.

1 Droschkenkutscher, 1 Arbeitskutscher, 1 Hausdiener, 1 Geschäftskutscher, 1 Bierkutscher, 1 Straßenbahn- und 1 Müllkutscher, 1 Abzahlungskassierer.
Als Obmann wurde der Kollege **Franz Mohr** ernannt.

Distrikt 3.

Osten, abgrenzend v. der Spree bis Greifswalderstr.
1 Kollege für das Expeditionsgewerbe, 1 Hausdiener aus der Wäscheindustrie, 1 Droschkenkutscher, 1 Kellerarbeiter, 1 Arbeiterin, 1 Friseurkutscher, 1 Hausdiener aus der Holzindustrie, 1 Bierkutscher.
Als Obmann wurde der Kollege **Max. Wiedeman** ernannt.

Distrikt 4.

Mummelsburg, Nichtenberg, Friedrichsfelde.
1 Arbeitskutscher, 2 Hausdiener, 1 Kohlenarbeiter, 1 Geschäftskutscher, 1 Droschkenkutscher, 1 Straßenbahner, 1 Arbeiterin.
Als Obmann wurde der Kollege **Fr. Zöfcher** ernannt.

Distrikt 5.

Nordosten von der Greifswalderstr. bis Schönhauser Allee, inkl. Weißensee und Pantow.
1 Müllkutscher, 1 Geschäftskutscher, 1 Bierkutscher, 1 Straßenbahner, 1 Hausdiener aus der Wäscheindustrie, 1 Fensterputzer, 1 Droschkenkutscher, 1 Lagerarbeiter aus der Metallindustrie.
Als Obmann wurde der Kollege **Jul. Schramm** ernannt.

Distrikt 6.

Norden mit Wedding, Gesundbrunnen, Reinickendorf.
1 Droschkenkutscher, 1 Automobilfahrer, 1 Eisenlagerarbeiter, 1 Lagerarbeiter (Elektr. Industrie), 1 Hausdiener, 1 Möbeltransportarbeiter, 1 Kohlenarbeiter, 1 Straßenbahner.
Als Obmann wurde der Kollege **Ferdinand Salomo** ernannt.

Distrikt 7. Moabit und Hausaviertel.

1 Eisenlagerarbeiter, 1 Arbeiter aus der Elektr. Industrie, 1 Kollkutscher, 1 Kohlenarbeiter, 1 Geschäftskutscher, 1 Hausdiener od. Packer, 1 Droschkenkutscher, 1 Kellerarbeiter.
Als Obmann wurde der Kollege **Gust. Hoffmann** ernannt.

Distrikt 8.

Westen mit Schöneberg, Friedenau und Tempelhof.
1 Kohlenarbeiter, 1 Hausdiener, 1 Automobilfahrer, 1 Arbeitskutscher, 1 Möbeltransportarbeiter, 1 Straßenbahner, 1 Expeditionsarbeiter, 1 Droschkenkutscher.
Als Obmann wurde der Kollege **Otto Schent** ernannt.

Distrikt 9.

Charlottenburg, Wilmersdorf, Salensee und Schmargendorf.
1 Möbeltransportarbeiter, 1 Lagerarbeiter aus der Metallindustrie, 1 Warenhaus-Hausdiener, 1 Packer, 1 Kohlenarbeiter, 1 Geschäftskutscher, 1 Autoführer, 1 Kollkutscher.
Obmann??

Distrikt 10. Zentrum.

1 Hausdiener aus der Textilbranche, 1 Hausdiener aus der Konfektion, 1 Hausdiener für die Warenhäuser, 1 Lederhausdiener, 1 Hausdiener für die Schneiderbranche, 1 Kellerarbeiter, 1 Fensterputzer, 1 Hausdiener für die Metz- und Galanteriewarenbranche.

Als Obmann wurde der Kollege **Robert Sehr** ernannt.

Wir bitten alle Kollegen Sektionsleiter, von der vorstehenden Bekanntgabe Notiz zu nehmen, und vor allen Dingen hieraus einen Auszug der für seine Branche in Frage kommenden Vorschläge in den verschiedenen Distrikten zu machen, um daraus feststellen zu wollen, wieviel Kollegen von seiner Branche gewählt werden müssen.

Jede Sektionsleitung hat nunmehr die Pflicht, sobald als möglich eine Branchenversammlung anzuberufen, mit der Tagesordnung: Vortrag über den neuen Agitationsplan, und zweitens Wahl der Vertreter für die Distrikts-Agitationskommissionen.

Bei der Wahl ist darauf zu achten, daß die betreffenden Kollegen etwas redigevandt sind, um auch wirklich agitatorisch mitwirken zu können. Ferner ist darauf zu achten, daß die Betreffenden möglichst in dem Bezirk wohnen, für welchen dieselben gewählt sind. --

Nach stattgefundener Wahl haben die Sektionsleitungen die Pflicht, der Bezirksleitung für Groß-Berlin die Namen und Adressen der gewählten Kollegen umgehend mitzuteilen, und zwar mit der Angabe des Distrikts, für welchen die Betreffenden gewählt sind.

Alles weitere, zur Aufklärung der Kommission notwendigen, wird dann mit der Bezirksleitung in gemeinsamer Sitzung mit den Kommissionen und ihren Obmännern besprochen werden.

Mit kollegialem Gruß

Die Bezirksleitung Groß-Berlin.

J. A.: Aug. Werner, Engelufer 14/15, Zimmer 34.
Telefon-Nr. 4, 2382.

Verwaltung Berlin I.

Mitglieder der Verwaltungsstelle I. (Verein Berliner Hausdiener.)

Büro und Kasse: **Adlerstraße 5, u. 1.**
Telephon: Amt I, 4931.

Bei allen Zuschriften an die Verwaltung muß die genaue Buchnummer und Wohnung angegeben werden.

Bei Besuchen um Unterstützung zc. ist das Mitgliedsbuch unbedingt mitzubringen.

Die Auszahlung der Kranken-, Sterbe- sowie sonstigen Unterstützungen erfolgt nur in der Zeit von **10 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags.** Krankmeldungen werden ebenfalls nur während dieser Zeit entgegen genommen. Die Meldung kann auch durch eine Postkarte erfolgen unter Angabe der Buchnummer, Wohnung zc.

Wir ersuchen die Kollegen, nach § 8, Abs. 6, des Verbandsstatuts sowie § 8 des Vereinsstatuts, nicht länger wie **10 Wochen** mit ihren Beiträgen im Rückstand zu bleiben, damit ihnen ihre statutarischen Rechte nicht verlustig gehen.

Ferner geben wir hiermit bekannt, daß das Werk: **Dreher-Schumann**
Die ökonomischen Vorbedingungen und das Werden unserer Organisation
zum Preise von 3 M.
im Bureau durch die Kollegen Bergens und Gaerling zu haben ist. Um auch allen Kollegen dieses zugänglich zu machen, haben die Verfasser uns angewiesen, durch Teilszahlungen à 1 M. Bestellungen entgegen nehmen zu können.

Verwaltungsstelle I.

Am **Sonntag, den 12. September 1908**, findet in den Gesamträumen der Brauerei Friedrichshain die Fete unseres

25. Stiftungsfestes

statt.
Mitwirkende: Das auf 45 Musiker verstärkte Berliner Sinfonie-Orchester (Dirigent Maxim. Fischer). Violine: Herr Konzertmeister W. Schulz. Cello: Herr Fr. Große. Harfe: Herr H. Fiedler. Orgel: Herr R. Wollschlag. Silda und Tommy Steffens, Konzertsänger, Männerchor der Handels- und Transportarbeiter (M. d. A.-S.-B.), Chormeister: D. Süßdorf.

Anfang des großen Konzerts abends 8 1/2 Uhr.
Die Mitglieder der Verwaltungsstelle I erhalten für sich und ihre Frauen Freitickets, welche gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuchs bei den Einkassierern, Distriktsführern und im Büro, Adlerstr. 5, in Empfang zu nehmen sind. Gästetickets à 75 Pf. ebenfalls dort zu haben. Sämtliche Tickets berechtigen zum freien Eintritt in den Garten. In demselben findet Doppelkonzert von der Bayerischen Oberlandkapelle, ca. 100 Musiker, statt.
Die Kasseöffn. ist geöffnet.

Wiss! Die Freitickets für Mitglieder sind nicht übertragbar.

Um Unfälle zu vermeiden, haben Kinder unter 6 Jahren keinen Zutritt. Ebenso ist das Reservieren von Tischen und Stühlen untersagt.

Das Komitee.

Hausdiener, Kutscher aus den Wäsche-Verleih-Geschäften.

Montag, den 31. August, abends nur von 7 bis 9 Uhr, Abstempelung der Kontrollkarten im Bureau **Arbeitsnachweis**, Alte Leipzigerstraße 1. Spätere Abstempelungen finden nicht statt. Mitgliedsbücher müssen unbedingt vorgelegt werden. Wer ohne Buch erscheint, erhält keinen Stempel.
Die Branchenleitung. Wth. Müller.

Achtung! Vertrauensleute!

Am **Dienstag, den 1. September, abends 8 Uhr** im **Gewerkschaftshaus**, Engel-Ufer 15, Saal 11,

Sitzung der Vertrauensleute.

Da wichtige Angelegenheiten zur Beratung stehen, darf keiner fehlen.

Der Obmann.

Textilbranche.

(Leinen, Baumwolle, Stoffe usw.)

Die Sitzungen der Sektionsleitung finden wieder jeden 1. Montag im Monat, die der Vertrauensleute jeden Montag nach dem 15. bei Förrow, Parochialstr. 34, statt.
Die Sektionsleitung.
J. A.: H. Farwig.

Achtung!

Für die durch Anschluß des Vereins an obengenannten Verband übergetretenen Mitglieder, welche heute noch 25 Pf. zahlen oder gezahlt haben,
am **Mittwoch, den 26. August 1908, abends 8 1/2 Uhr**

Außerordentliche

General-Versammlung

bei Keller, Köpenickerstr. 96/97 (gr. Saal).

Tages-Ordnung: 1. Die Klassenverhältnisse der 25 Pf. zahlenden Gruppe und auf welcher Grundlage können wir die Beitragszahlung für die Verwaltung I einheitlich regeln? Referent: Kollege Werner. 2. Diskussion und Beschlußfassung. 3. Eventuell Geschäftliches.

Alle durch Anschluß des Vereins Berliner Hausdiener 1908 zum deutschen Transportarbeiter-Verband übergetretene Mitglieder, welche 25 Pf. pro Woche zahlen oder gezahlt haben, sind zu dieser Versammlung eingeladen.

Nur solche haben Zutritt.

In Rücksicht auf die äußerst wichtige und interessierende Frage, die hier zur Erledigung steht, ist das Erscheinen eines jeden einzelnen zu der oben angeführten Gruppe gehörenden Kollegen diesmal wirklich und unbedingt erforderlich. Das Mitgliedsbuch ist als Legitimation mitzubringen und am Eingang zum Lokal den Kontrollleuten vorzuzeigen.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Wer länger als 10 Wochen mit seinen Beiträgen im Rückstand ist, hat ebenfalls keinen Zutritt.
Beiträge werden in der Versammlung entgegen genommen.

Die Ortsverwaltung Berlin I.

Kollegen Hausdiener, Packer aus den Wäschefabriken.

Die Verbandskollegen obengenannter Branche ersuchen wir ihre Adressen unter Angabe des Betriebes, wo dieselben arbeiten, dem Bureau, Adlerstr. 5, umgehend mitzuteilen.

Die Ortsverwaltung I.

Wir ersuchen unsere Mitglieder, ihre Wohnungs- veränderungen dem Bureau, sowie den Bezirksführern und Einkassierern sofort zu melden, auch mit Angabe der alten Wohnung und Buchnummer.

Verwaltung Berlin II.

Telephon: Amt IV, 4747.

Achtung! Mitglieder aus allen Branchen!

Wir ersuchen alle Kolleginnen und Kollegen, jeden Wohnungswechsel, der eventuell bei ihnen eintritt, sofort unter genauer Angabe der neuen Adresse dem Büro oder dem Vortragskassierer zu melden. Die Meldung kann auch auf schriftlichem Wege durch eine Postkarte erfolgen, hier bei ist darauf zu achten, daß die Mitgliedsnummer sowie die alte und neue Adresse angegeben wird.

Bei den Wohnungsummeldungen haben diejenigen Kollegen, welche als Vertrauensmann fungieren, diese ihre Funktion auf der Meldung besonders zu vermerken.

Ferner geben wir nochmals bekannt, daß die Auszahlung von Unterstüßungen nur des Vormittags von 10-2 Uhr erfolgt, ebenfalls werden nur in dieser Zeit Krankmeldungen entgegengenommen.

Ausbesondere ersuchen wir die Mitglieder, bei Erkrankungen dies sofort dem Verbandsbüro, Zimmer 31, zu melden. Die Meldung kann ebenfalls durch Postkarte unter Angabe der Mitgliedsnummer und genauer Wohnungsadresse erfolgen. Zu späte Meldungen können die Büroangestellten nur nach dem im Statut vorgesehenen Vorschritten behandeln.

Weiter ersucht es sich, daß die Mitglieder bei besonderen Eingaben und Wünschen stets ihr Verbandsbuch mit einbringen. Bei eventuell vorkommenden Rechtschulden werden die Kollegen ganz besonders darauf hingewiesen, hiervon die Verwaltung so schnell wie möglich in Kenntnis zu setzen. Zu spät eingereichte Gesuche laufen Gefahr, nicht berücksichtigt werden zu können.

Ungeachtet der noch immer herrschenden großen Arbeitslosigkeit, ersuchen wir alle Mitglieder, ihre arbeitslosen Kollegen und Kolleginnen nicht zu vergessen und jede Stellung oder Arbeit irgend welcher Art, sei es zur Anstellung oder für fest, sofort unserem Arbeitsnachweis, Engel-Ufer 15, Zimmer 48, zu melden. Telephon: Amt 4, Nr. 3348. Diese Unterstützung ist die beste, welche wir unseren Arbeitslosen zuteil werden lassen können.

Ferner geben wir unseren Mitgliedern bekannt, daß das Buch Dreher-Schumann, „Ein Auschnitt aus der Geschichte der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter-Bewegung“ zum Preise von 3 Mk. im Verbandsbureau zu haben ist. Auch können die Kollegen dieses Buch bei ihrem Betriebs- oder Bezirkskassierer bestellen.

Wir empfehlen jedem Kollegen, welcher sich über die Geschichte und das Werden unserer Organisation unterrichten will, sich dieses Buch anzuschaffen. Das Buch ist ganz besonders geeignet, unseren Kollegen bei der Agitation erfolgreiche Dienste leisten zu können.

Die Verwaltung II.

Auf unserem Sommerfest am 9. August in der Brauerei Friedrichshain ist eine Damen-Galaskette gefunden worden. Die rechtmäßige Eigentümerin kann sich während der Bureaustunden von 8 bis 7 Uhr im Zimmer 32 melden.

Leitengerüstbauer aus allen Betrieben Berlins u. Umg.

Sonntag, den 30. August, vormittag 10 Uhr,

Branchen-Versammlung

im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27 c.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag über: „Aus der Geschichte der Arbeiterbewegung“, Ref.: Genosse Franz Reiblein.
2. Diskussion. 3. Geschäftliches.

Kollegen! In Anbetracht der interessanten Tages-Ordnung erwarten wir, daß die Kollegen alle Mann für Mann zu dieser Versammlung erscheinen.

Kollegen, welche dem Verbands noch nicht angehören, sind als Gäste willkommen und können sich in der Versammlung als Mitglieder in den Verband aufnehmen lassen.

Mit kollegialem Gruß

Die Sektionsleitung.

Kollegen aus den Betrieben der Allgem. Elektrizitäts-Gesellschaft

Brunnenstr., Postastr., Adlerstr. und Schlegelstr.

Am Sonntag, den 30. August 1908, vormittags 10 Uhr:

Grosse Versammlung

im Zwinemünder Gesellschaftshaus, Zwinemünderstr. 42.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Gemeindevorstehers Genossen Denzer über: „Die Sozialdemokratie, was sie fordert und was sie erstrebt.“ 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Einem zahlreichen Besuch erwarten

Die Vertrauensleute.

Kolleginnen und Kollegen aus den Bezirken des Wedding.

Am Donnerstag, den 27. August 1908, abends 8 1/2 Uhr, im Fünftes Gesellschaftshaus, Reifstr. 6 b.

Große Versammlung

Tages-Ordnung: 1. Die Jugendorganisation. Ref. Kollege Rudolf Wackwitz. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes und Aufnahme neuer Mitglieder.

Recht zahlreichen Besuch erwarten

Die Bezirksführer.

Kolleginnen und Kollegen von Ober-Schöneweide.

Sonntag, den 5. September, abends 8 1/2 Uhr,

— Versammlung —

im Lokal von Bernide, Wilhelmshofstr. 15.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Es ist Pflicht eines jeden Kollegen und Kollegin, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Die Bezirksleitung. J. A.: H. Bode.

Verwaltung Berlin IV.

Bekanntmachung.

Dritte Abänderung

des Statuts der Innungs-Krankenkasse der Personen-Lohnfuhrwerks-Innung zu Berlin.

Die §§ 9, 29, 40, 48, 54, 63 und 66 werden wie folgt abgeändert:

§ 9 erhält folgenden Zusatz:

Arbeitgeber, welche der ihnen obliegenden Anmeldepflicht vorsätzlich oder fahrlässiger Weise nicht genügen, haben alle Aufwendungen, welche die Krankenkasse auf Grund dieses Statuts in einem vor der Anmeldung durch die nicht angemeldete Person veranlaßten Unterstüßungsfälle gemacht hat, zu erstatten.

§ 29 erhält folgende Abänderung:

1. Für erwachsene männliche Klassenmitglieder 1,16 Mk. Wochenbeitrag.
2. Für erwachsene weibliche Klassenmitglieder 0,48 Mk. Wochenbeitrag.
3. Für männliche Klassenmitglieder unter 16 Jahren 0,48 Mk. Wochenbeitrag.
4. Für weibliche Klassenmitglieder unter 16 Jahren 0,33 Mk. Wochenbeitrag.

§ 40 erhält den Zusatz:

Der 2. Vorsitzende, Schriftführer und Beisitzer erhalten für jede Vorstandssitzung 1 Mk.

§ 48: Die Generalversammlung besteht je zur Hälfte aus Vertretern der Klassenmitglieder und Innungsmitgliedern, welche in geheimer Wahl auf 1 Jahr gewählt werden.

§ 54 Abs. 3 Zeile 3 lautet: Statt 80 Mk. 75 Mk.

§ 63 auf Seite 8 statt „Die Fahr-Zeitung“ jetzt „Vorwärts“.

§ 66 auf Seite 8 statt „Innungsschiedsgericht“ jetzt „Gewerbegericht“.

Die dritte Abänderung des Klassenstatuts, vom Königlichem Polizei-Präsident am 11. Juli 1908 genehmigt, ist von den Klassenmitgliedern vom 20. August an im Klassenlokal, Dirschstr. 110, in Empfang zu nehmen.

Berlin, den 6. August 1908.

Der Vorstand.

J. A.: G. Kunzendorf, 2. Vorsitzender.

Berlin. Für die Mitglieder der Verwaltung IV Droschkenführer, Bezirk Wedding I, II, III, Gesundbrunnen I und II, sowie Reinickendorf, findet am Donnerstag, den 27. August, abends 9 Uhr, in „Cranz Festhale“, Cöllnerstr. 8, eine

— Versammlung —

statt. Tages-Ordnung:

1. Wahl eines Mitgliedes zur Distriktskommission des 6. Distrikts. 2. Diskussion und Verschiedenes. Die Kollegen werden ersucht, recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Die Ortsverwaltung.

Berliner Lokales.

Am Donnerstag, den 30. Juli d. J., ist bei der Dampferpartie des Vereins der Droschkenführer Berlins und Umgegend ein Portemonnaie mit 55 Pf. Inhalt, sowie verschiedenen Notizen auf dem Dampfer „Cäcilie“ gefunden worden. Der Berliner kann das Portemonnaie im Bureau des Vereins, Schillingstr. 6, abholen.

Kollege, welcher am Dienstag, den 4. d. M., vormittags 10 1/2-11 1/2 Uhr, einen Herrn nach mehreren Stellen fuhr und zuletzt an der Reichsbank absetzte, wird ersucht, sich wegen des Fahrgeldes im Vereinsbüro, Schillingstr. 6, zu melden.

In der Nacht vom Freitag, den 14. zum Sonnabend, den 15. d. Mts. ist ein Plaid verloren worden. Der Finder wird gebeten, dasselbe bei Sieling, Adlerstr. 51, abzugeben.

Arbeits-Nachweis

für Automobilfahrer aller Branchen befindet sich Engel-Ufer 15, I. Stfl. 3 Tr.

Wir ersuchen alle arbeitslosen Kollegen, sich daselbst anzuhalten, damit etwaige gemeldete Stellen besetzt werden können.

Freiwerdende Stellen ersuchen wir im Interesse der arbeitslosen Kollegen sofort per Karte oder Telefon, Amt IV, 3348 dem Arbeitsnachweis zu melden.

Kollegen, welche auf Privatstellen reflektieren, ersuchen wir ganz besonders, sich zu melden.

Alle arbeitslosen Kollegen ersuchen wir, sich in unserem Arbeitsnachweis zu melden.

Betriebsvertrauensmänner!

Betriebe mit mindestens 3 Kollegen sind verpflichtet, einen Vertrauensmann zu wählen und dessen Namen und Wohnung an den Kollegen Fr. Kettig, Engelufer 21, 1 Tr. (Telefon Amt IV, 950), einzusenden.

Neuwahlen und Adressenänderungen der Vertrauensleute sind ebenfalls unverzüglich an obige Adresse zu melden.

Die Sektionsleitung der Automobilfahrer.

Zahlstellen:

- Zahlstelle 1, bei Tieg, Landsberger Platz 4.
- Zahlstelle 2, bei Dobat, Sellenstr. 3.
- Zahlstelle 3, bei Jakob Casar, Alt-Moabit 119.
- Zahlstelle 4, bei Roschmann, Schöneberg, Vorbergstraße 9.
- Zahlstelle 5, bei Schleusner, Rixdorf, Reuterstraße 74.
- Zahlstelle 6, bei Werwig, Grünauerstr. 3. Tel. Amt IV, 3590.
- Zahlstelle 7, bei Meyer, Rosenerstr. 29.
- Zahlstelle 8, bei Hesse, Große Hamburgerstr. 41, Ecke Auguststraße.
- Zahlstelle 9, bei Burisch, Schönhäuser Allee 155, Ecke der Oberbergerstraße.
- Zahlstelle 10, bei Ulrich, Weipensee, Köllstr. 20.
- Zahlstelle 11, bei Stiller, Friedrichsberg, Blumenthalstraße 13.
- Zahlstelle 12, bei Käsler, Wilmersdorf, Hauenburgerstraße 20 u. 21.
- Zahlstelle 13, bei Sack, Hornstr. 2.
- Zahlstelle 14, bei Wittner, Charlottenburg, Wallstraße 96.
- Zahlstelle 15, bei Rottke, Buttmanstr. 10.
- Zahlstelle 16, bei Bergmann, Waldstr. 47.
- Zahlstelle 17, D. Schulze, Chausseestr. 123.
- Zahlstelle 18, R. Klindt, Schulstr. 25.

Zugleich bemerken wir, daß in den Zahlstellen auch Mitglieder in den Deutschen Transportarbeiter-Verband aufgenommen werden und bitten, recht regen Gebrauch davon zu machen.